

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.  
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich  
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 5. November 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene  
Nonpareilzeile 25 Pfennig;  
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt  
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 128.

**Wir gestehen, daß wir in der langen Geschichte der deutschen Polizeischulte kein Subjekt von einer derartigen sittlichen Verkommenheit kennen gelernt haben wie den Gewerkschaftsredakteur Rezhäuser.**

„Leipziger Volkszeitung“ vom 30. Oktober 1908.

## Moralischer Meuchelmord!

Das ist ein Verbrechen, das an jeder schmutziger Veräblichkeit in der Geschichte der verfaultesten Gesellschaftsklassen seinesgleichen nicht hat.

Dr. Franz Mehring.

Diese von dem damaligen Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“ seinen eignen Genossen auf dem Parteitag in Dresden ins Gesicht geschleuderten Worte sind aus dem Munde des Verfassers der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von historischer Bedeutung. Sie sind ein Beweis dafür, daß in dieser Partei die rein menschlichen Umgangsformen bereits auf einem Tiefstand angelangt sind, der ein weiteres Herabsinken nicht mehr zuläßt. Und das unter Gleichgesinnten, unter Brüdern, die der Welt eine höhere Moral, ein leuchtendes Ideal schaffen wollen, wört dem allerdings, um mit den Worten Ikers übereinzustimmen, gesagt werden kann, daß es „kein Viech“ gushält. Ich brauche mich aber nicht auf den Anspruch Mehrings besonders zu stützen, denn die letzten Jahre und die einzelnen sozialdemokratischen Parteitage haben Material in Hülle und Fülle geliefert, wie einer dem andern an die Kehle springt zur höhern Ehre der völkerbefreienden Sozialdemokratie.

Nun kann man sich wohl leicht vorstellen, wie es dem ergoht, der außerhalb der Reihen der Sozialdemokratie steht. Wenn nun aber gar ein Arbeiterführer, der zu sein ich mir annahm, sich herausnimmt, die Politik und die Taktik seiner Organisation zu verteidigen, wenn er als Gewerkschaftsführer die Praxis des Tages der Theorie der Zukunft gegenüberstellt — für einen solchen Kerl ist kein Platz, weder im Himmel noch auf Erden. Er ist einfach vogelfrei, und wer ihn zur Strecke bringt, gleichviel mit welchen Mitteln, macht sich hoch verdient um die Arbeiterbewegung. Diese Tatsache läßt sich in jedem Betracht belegen.

In eklatanter Weise kam dies aber zum Ausdruck durch eine jüngst in Berlin stattgefundene Gerichtsverhandlung, deren Resultat wir bereits in letzter Nummer mitgeteilt haben. Angeklagt war ein Redakteur der „Post“, der behauptet hatte, der Geschäftsführer der „Vorwärts“-Druckerei, Richard Fischer, habe 1908 bei der Anschaffung von Maschinen Schmiegelder erhalten. In Verfolg dieser Sache hatte die „Post“ auf eine Notiz des „Korr.“ vom November 1906 verwiesen, in welcher angeblich dem Fischer der Vorwurf gemacht sei, er habe bei Papierlieferungen Schmiegelder erhalten. Durch die Ladung meiner Person als Zeuge sowie anderer Kollegen glaubte die „Post“ einen solchen Nachweis liefern zu können. Selbstverständlich mußte dieser Nachweis mißglücken, denn wenn ein solcher Vorwurf aus unserer Notiz herauszulesen und wenn er berechtigt wäre, dann würde ich keinen Augenblick gezögert haben, dem Fischer dies ins Gesicht zu sagen. Als Zeuge gab ich vor Gericht die einzig

mögliche Deklaration — und nun beginnt die „Action directe“! —

Ich bin infolge meiner langen Erfahrungen als Redakteur des „Korr.“ an starke sozialdemokratische Verdrehungskunststücke gewöhnt, weiß aber auch, daß niemand in der Arbeiterbewegung sich einen stärkeren Haß der radikalen Führer in der Sozialdemokratie zugezogen hat als gerade ich. Und was diese Elemente in der Hitze gegen einen Menschen nermögen, der um das gute Recht seiner Organisation und für sein Arbeiterrecht kämpft, das ist in den letzten zwölf Jahrgängen des „Korr.“ an einwandfreiem Materiale niedergelegt. Und es wohnt außerdem im Gedächtnisse meiner Kollegen. Was haben sich die Leute im „Vorwärts“ und in der „Leipziger Volkszeitung“ nicht alles schon kosten lassen, um den Mann zur Strecke zu bringen, der die gewerkschaftlich vorkämpferische Tätigkeit des Buchdruckerverbandes für eine parteipolitisch unabhängige Gewerkschaftsbewegung, für eine gerechte Würdigung der Mittel und Wege, die wirtschaftlich den Aufstieg der Arbeitermassen garantieren, konsequent und rücksichtslos jederzeit im „Korr.“ vertreten hat! Es gibt kein Schimpfwort und keine Insanimität, wie sie jemals gemein genug in einer Gasse geübt haben, die seitens der genannten s.-d. Organe nicht gegen mich schon gebraucht worden wären, und deshalb kann man es auch verstehen, daß meine Zeugnishaft in den genannten Prozesse zu einem vereinten Ansturm der arbeitswilligen Redaktion des „Vorwärts“ und der Sauerherdenredaktion herhalten mußte.

Was ist aber Sache?

Im Jahre 1906, beim Abschluß unsres Tarifvertrags, war es besonders die „Vorwärts“-Redaktion, die sich nicht genug darin zugute tun konnte, diese ganzen Abmachungen, auf die unser Gewerbe und meine Organisation stolz sein kann, in ordinärster Weise herunterzureißen. Daß die „Leipziger Volkszeitung“ dabei sekundierte, ist seit dem Einzuge der Streikbrecher-Redaktion im „Vorwärts“ selbstverständlich. Nun hatte aber die letztere um so weniger Veranlassung zu einer Kritik der getroffenen Abmachungen, da mit ihnen zugunsten der Kollegen vieles aus der Welt geschafft wurde, was zum Schaden der Kollegen früher auch im „Vorwärts“-Betriebe unter der glorreichen Regierung des ehemaligen Schriftsetzers und Verbandsmitglieds Richard Fischer bestand. Ich machte daher auf diese Inkonsistenz die „Vorwärts“-Redaktion aufmerksam. In sechs Zeilen geschah dies, wo in einem konkreten Fall eine Parallele gezogen wurde. Und zwar betraf dies die Kontrolle der Maschinensezer, wie sie seinerzeit im „Vorwärts“ geübt wurde. Damit hatte ich allerdings einen Fehler begangen, indem ich nämlich übersah, daß Se. Majestät der Direktor Fischer dies so beliebte. Dieser ließ sich die Feststellung von Tatsachen aus dem „Vorwärts“-Betriebe natürlich nicht gefallen und „widerlegte“ meine diesbezüglichen Behauptungen. Er tat dies, indem er von einer „Verleumdung des Renegaten Rezhäuser“, von dessen „völliger politischer Verlotterung und Verwahrlosung“, von dem „Ehrenmann Rezhäuser, der seit Jahren die deutsche Gewerkschaftspresse schändet“, sprach und alle meine Behauptungen in dieser vornehmen Weise abzutun

versuchte. Nun kommt aber das Beste. Kollegen aus dem „Vorwärts“-Betriebe erklärten mit ihrer Namensunterschrift im „Korr.“, daß all das von mir Behauptete der Wahrheit entspreche und boten Fischer den gerichtlichen Nachweis an. Herr Fischer hatte nicht den Mut, diesen Beweis sich führen zu lassen, trotzdem er vorher meine Kollegen als „Achtgroßhungen“ der „Post“ und die Redaktion des „Korr.“ als der „Post“ „Charakterverwandt“ bezeichnet hatte. Bei dieser Widerlegung der Kollegen aus dem „Vorwärts“, bei einer Erklärung Döblins und einer langen, gegen Fischer sich richtenden Erklärung meines Kollegen Schliebs waren folgende Zeilen im „Korr.“ mit veröffentlicht worden:

Lassen Sie sich durch den „Vorwärts“-Artikel nicht stören. Theorie und Praxis ist da zweierlei. Die Maschinenmeister erhalten schlechtes Papier und z. B. 1000 M. für guten Papierabschluß extra. Ja, Bauer, das ist ganz was andres.

Ich bemerke hier ausdrücklich, um den Tatbestand nicht verdunkeln zu lassen, daß diese vorstehend zitierten Zeilen im „Korr.“ erst erschienen, nachdem Fischer in den gemeinsten Ausdrücken gegen meine Person die heute noch nachweisbaren Tatsachen abzustreiten versucht hatte. Wider besseres Wissen und bloß um einen gerechten und Wahrheiten konstatierenden Kritiker moralisch abzuschlagen, hatte Fischer gegen meine Feststellungen mit gemeinen persönlichen Beschimpfungen geantwortet. Daraufhin kamen die erwähnten Erwiderungen und Feststellungen, die heute noch von den Beteiligten eidesstattlich an Gerichtsstelle erhärtet werden können. Herr Fischer hatte trotz besseren Wissens diejenigen vor der ganzen Arbeiterschaft als „Achtgroßhungen“ denunziert, die nur das gesagt hatten, was er nicht abstreiten und was ihm bei einer gerichtlichen Klage heute noch nachgewiesen werden kann.

Als nun in einer Erwiderung darauf der oben zitierte Satz mit einfloß, da entrückte sich das ganze hochentwickelte moralische Gefühl des Fischer, da glaubte er einen Anhaltspunkt gefunden zu haben, wo er sich moralisch „ausleben“ konnte, da konnte er die eignen Spuren verwischen, welche ihm von seinem Personal in der markantesten Weise gezeigt worden waren; hier war das Loch, aus dem der Schlaue Fisch glaubte entkommen zu können. Und deshalb wettete er gegen mich los:

... Das Achtgroßhungenorgan, die Herrn Rezhäuser so Charakterverwandte „Post“, gibt ihm vor aller Welt den Bruderhämmer ... Rezhäuser, dem der liebe Herrgott den Sinn für Wahrheit ver sagt hat ...

... Der edle Rezhäuser ... Systematischer Verleumder der „Vorwärts“-Buchdruckerei ... Rezhäuser bleibt der Verleumder ... Die Charakterlosigkeit Ehren-Rezhäusers ...

... Noch verächtlicher als der anonyme Schuft kommt mir der literarische Bravo vor ...

... Diese gewundene Ausdrucksweise kennzeichnet den Wurschen und seinen Schutzpatron, dem jeder Lump gut genug ist, wenn er ihm nur Verleumdungsmaterial gegen die „Vorwärts“-Buchdruckerei liefert ...

... Ihn kann man nur züchtigen, wenn er gar zu frech wird ...

... Rezhäuser bleibt gerichtet als gewissenloser und skrupelloser Grabschneider, der wider besseres Wissen die Unwahrheit sagt ...

Der „Post“, dem Organe der Scharfmacher, als deren „Hintermänner“ jetzt der „Vorwärts“ meine Kollegen Ruffial und Mahlo und mich bezeichnet, war es ein gefundenes Fressen, ihre blödsinnige Beschuldigung, als habe Fischer Schmiergelder von Maschinenfabrikanten erhalten, später diese Notiz im Interesse der Arbeiterfeinde auszuschlachten, wenigstens soweit, als sie damit glaubte, ihre Beschimpfung Fischers bezüglich der Maschinenlieferung usw. decken zu können.

In der gleichen Nummer, in welcher diese fragliche Notiz enthalten war, schrieb ich: „Ich halte meine sämtlichen Behauptungen aufrecht und stelle es Fischer anheim, auf jedem ihm genehmen Weg auch die fernere Beweisführung antreten zu lassen.“ Bei der Verhandlung in Berlin nur: „dreht man die Fide“. Der Verteidiger des Fischer, Herr Rechtsanwalt Wolfgang Heine, erklärte, man habe damals von einer Klage abgesehen, weil man mich wegen der unbestimmten Fassung der Notiz hätte nicht zu einer bestimmten Aussage zwingen können. **Warum nicht, nach dem der Wahrheitsbeweis angeboten war?** Es war eben vieles faul im Staate Dänemark! Niemand konnte weniger wünschen, zur öffentlichen Klarstellung der Verhältnisse im „Vorwärts“-Betriebe gezwungen zu werden, als gerade Richard Fischer! Dem wollte man aus dem Wege gehen, und deshalb verschlangte man sich hinter unsre angeblühn unklare Notiz, die eine bestimmte Person nicht erkennen lasse. Sächselich; wenn es Fischer daran gelegen gewesen wäre, festzustellen, wer und was damit gemeint sein soll, so würde jede gerichtliche Klage dies möglich gemacht haben. Für das Publikum im Zuscherraum, aber nicht für denkende Menschen kann man solche faule Ausflüchte erfinden, wie es der Rechtsanwalt Heine getan hat. Selbst in seinem zweiten Artikel wagte Fischer nicht Farbe zu bekennen, sondern er versteckte seine geehrte Person hinter dem „Vorwärts“-Betriebe, denn er bezeichnete mich als „systematischen Verleumder der ‚Vorwärts‘-Buchdruckerei“, eine willkürliche, lügenhafte und gewissenlose Erfindung des Fischer, denn ich habe nur einmal, und zwar im Jahre 1906, aus dem gekennzeichneten Anlasse die „Vorwärts“-Buchdruckerei sachlich und wahrheitsgemäß kritisiert.

So lagen die Dinge, als ich als Zeuge in den Gerichtssaal gerufen wurde. Man verlangte von mir eine Erklärung zu der fraglichen Notiz, die ich nach den gegebenen wahrheitsgemäßen Schilderungen über die übrigen Verhältnisse im „Vorwärts“-Betriebe als zutreffend aufzufassen hatte. Man wollte dieser Notiz eine Schmiergelderbedeutung unterschieben, ergo mußte sie auch derart ausgebeutet werden. Ich will diese Notiz noch einmal wiederholen:

Lassen Sie sich durch den „Vorwärts“-Artikel nicht füren. Theorie und Praxis ist da zweierlei. Die Maschinenmeister erhalten schlechtes Papier und z. B. 1000 Mk. für guten Papierabschluß extra. Ja, Bauer, das ist ganz was anders.

Was ist nun in dieser Notiz gesagt? Daß die Maschinenmeister schlechtes Papier erhalten und die betreffende Person 1000 Mk. extra. Ja, warum bekommt z. B. 1000 Mk. extra? Und was bekommt er sonst noch? Seinen Gehalt. Wenn beim Papiereinkauf im Geschäftsinteresse eine billigere Nummer gewählt wird, so haben wohl die Maschinenmeister damit beim Drucken ihre Not, aber das Geschäft kommt besser weg, und warum soll es da nicht eine Gratifikation von „extra 1000 Mk.“ gewahren? Weil der Betreffende für das Geschäft einen so famosen „Papierabschluß“ erzielt, wider extra prämiiert. Eine Papierprämie, die das Geschäft bezahlt, das ist der Weisheit letzter Schluß in der betreffenden Notiz. Diese Erklärung, die einem „rechtskundigen“ Rechtsanwalt deutsch-germanischer Abstammung außerordentlich spanisch vorkam, wollte ihm, weil es ihm nicht in seinen Kram paßte, durchaus nicht gefallen. Nein, es mußte eine Schmiergelderaffaire daraus gemacht werden. Weil Richard Fischer in seiner Erwiderung gesagt hatte, ich hätte ihm den Vorwurf gemacht, für Papierlieferungen der Fabriken Schmiergelder empfangen zu haben, wäre es meine

Pflicht als anständiger Mensch gewesen, das zu bestreiten; daraus konstruierte Herr Rechtsanwalt Heine, daß ich hätte damals reden sollen. Ich habe vor Gericht erklärt, daß diese Notiz nicht von Schmiergeldern handle, sondern es wäre ja gesagt, daß mir der Oberfaktor Rahm als derjenige bezeichnet worden sei, welcher für den Papierabschluß in der „Vorwärts“-Druckerei am Ende des Jahres die fragliche Gratifikation erhalten habe. Nun hatte ich mir allerdings das große Verbreehen zuschulden kommen lassen, nach der Provokation Fischers nicht erklärt zu haben, daß er von dieser Notiz und ihrem Inhalte nicht berührt werde. Ja, konnte ich damals eine solche Erklärung abgeben, nachdem bereits vor der Veröffentlichung jener Notiz Fischer in der infamsten Weise gegen mich losgegangen war? Und nachher erst recht. Man soll doch von keinem Menschen verlangen, daß er sich prostituiert. Ich erklärte an Gerichtsstelle unter Eid — für mich wenigstens hat ein solcher noch eine Bedeutung —, daß ich von Haus aus niemals jene Mitteilung als eine solche aufgefaßt habe, als hätte Fischer Schmiergelder empfangen, sondern daß in der geschilderten Weise (Papierprämie) die Sache zu erklären sei. Ferner sagte ich, daß die Feindschaft, die Fischer durch sein brutales Vorgehen gegen mich hervorgerufen habe, mich nicht verpflichtete, eine Deklaration über den Sinn einer Notiz im „Korr.“ zu geben, wenn Fischer ihr unterschleibe, was ihm passe. Das sollte der Strid werden, an dem man mich aufhängen will. Nicht, wie der „Vorwärts“ sagt, „gegen seine Feinde hält Herr Reichhäuser offenbar alle Mittel für erlaubt“, einen solchen erbärmlichen Standpunkt habe ich in meinem ganzen Leben noch nicht eingenommen, aber ich halte mich für berechtigt, einem Menschen gegenüber, der als Arbeitervertreter erklärt: „Ich was, persönliche Ehre des Arbeiters“, der im Stile des Bundes der Metallindustriellen sagt: „Wer sich nicht fügt, den lassen wir die Konsequenzen ziehen“, oder: „Wenn es Ihnen nicht paßt, dafür bitten wir Sie, gehen Sie in den nächsten Menschen“, der mich in der unüberhörbarsten Weise beschimpft, dem gegenüber habe ich nicht die Pflicht, zu sagen: „Sieber Fischer, Du hast das falsch verstanden, das war ja so oder so gemeint!“ Eine solche Rolle, wie sie mir der Rechtsanwalt Heine und die „Vorwärts“-Redaktion zumuten, würde in meinem Fall auch kein anderer übernehmen.

Weiter: Kann man einem Menschen in der von ihm verlangten Weise beispringen, der ohne jede Ursache und Grund in der elendesten Weise über jemand herfällt, der die Wahrheit gesagt hat? Die vom Personal erhobenen Beschwerden über eine ungerechte Kontrolle waren berechtigt, das ist Fischer von seinem eignen Personal erklärt worden. Maschinensetzer, Maschinenmeister, Stereotypen- und Werkssetzer haben damals laute Klagen über das Gebaren Fischers erhoben; dieser leugnete aber alles und beschimpfte mich, weil ich als Gewerkschaftsredakteur verpflichtet war, nach geschehener Provokation Herrn Fischer die Wahrheit zu sagen. Was Fischer bezüglich der Arbeitsverhältnisse im engern Kreise der Neuenkommission sagte, war das Gegenteil von dem, was er im Beisein des Personals sagte; man hat ihm eine Beweisführung für sein arbeiterfeindliches Verhalten in einer Wahlvereinsversammlung angeboten, Fischer kniff aber; es regnete für ihn moralische Ohrfeigen rechts und links, und immer bot man ihm an, an jeder Stelle den Beweis für seine Geldentaten erbringen zu wollen, aber der Herr Reichstagsabgeordnete riß aus wie Schafleder. Und dieser Mensch verlangt jetzt, ich hätte ihn sogar noch rausreißen sollen, ausgerechnet ich, den er am ungerechtesten und schmierigsten bekämpfte, und bloß deshalb, weil ich in sachlicher Weise auf die Kontrolle im „Vorwärts“-Betriebe hingewiesen hatte! Dabei ist Fischer stets derjenige, der alles, was ihm nicht behagt, ableugnet. Vertrauensleuten streitet er vorher Gefagtes ab, sogar eine protokolllarisch festgelegte

Außerung vor dem Tariffchiedsgerichte hat er nachträglich bestritten. Wie die Dinge gelagert waren, mußte damals Fischer klagen, nachdem ihm vom „Vorwärts“-Personal dies alles öffentlich ins Gesicht gesagt worden war, und da konnte er ganz gut die 1000-Mark-Geschichte mit vorbringen, und er hätte erst abwarten müssen, ob ich ebenso gekniffen hätte, wie er es getan hat. Aber Fischer mußte, warum er nicht klagte. Er wäre einfach vor der politischen Öffentlichkeit Deutschlands an den Pranger gestellt worden, seine Rolle als Abgeordneter wäre ausgespielt gewesen. Jetzt nun mint er den Märtyrer, der nicht klagen konnte, weil er ja nicht genannt worden sei, und Reichhäuser ist nun derjenige, der damals Fischer nicht gerettet hat. Man soll doch nicht so tun, als ob der „Vorwärts“ mir gegenüber einmal loyal gehandelt hätte. Diese Voraussetzung hätte erst für eine Erklärung meinerseits geschaffen werden müssen. Aber einen Menschen jahrelang in der ekelhaftesten Weise zu schänden und keine seiner Widerlegungen beachten, von diesem selben Menschen aber verlangen, er solle sich selbst die Schnur um den Hals legen, das ist eine Idee aus dem Tollhause. Meine Aussage hat Fischer im Prozesse gegen die „Post“ in der beregten Sache gerechtfertigt. Oder hätte ich ausdauern sollen: Ja, Fischer ist damit gemeint, und es handle sich um Schmiergelder? Wenn Heine, Fischer und der „Vorwärts“ jetzt die stärksten Register ziehen, weil ich damals nicht die gewünschte Erklärung gegeben habe, so haben gerade Fischer und der „Vorwärts“ das selbst unmöglich gemacht. Der erstere durch seine empörenden, gewalttätigen Angriffe gegen mich, der letztere, indem er das gleiche tat, was er jetzt bei mir verurteilt. Als nämlich meine Kollegen Käser (Kassel) und Eichler (Berlin) zu meiner Verteidigung im „Vorwärts“ das Wort ergreifen wollten, lehnte die Redaktion dies ab, und machte es dadurch möglich, daß bei den Lesern des „Vorwärts“ der Glaube bestehen bleiben konnte, Reichhäuser sei tatsächlich ein Renegat, ein Ehrabschneider, ein Bursche, ein Schuft.

Es ist bedauerlich, daß infolge einer erklärlichen Dringlichkeit des Gerichtsvorsitzenden und der Bemühungen des Herrn Heine, den Prozeß im Sinne seines Klienten zu verschieben, es zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung nicht kommen konnte, soweit die Klagen gegen den Geschäftsführer Fischer mit jener Notiz innig verbunden waren. Das hat Herrn Fischer vor mancher Blamage bewahrt, die für ihn um so peinlicher gewesen wäre, als an kapitalistischen Allüren so leicht kein Geschäftsführer eines kapitalistischen Betriebes mit ihm konkurrieren kann.

Wenn man nun den „Vorwärts“-Bericht über jene Gerichtsverhandlung liest, sollte man meinen, daß die radikale Parteipresse stets diejenige gewesen wäre, welche jederzeit ihren Gegnern die loyalste Behandlung habe zuteil werden lassen. Ist mal eine falsche Behauptung aufgestellt worden, dann wäre es gerade diese Presse gewesen, die sich sofort rektifiziert habe. Wer lacht da? Mir macht man zum Vorwurfe, daß ich die Notiz im „Korr.“, welche eventuell Fischer hätte als gegen sich gerichtet halten können, nicht deklariert habe, aber was hat dieser selbe Fischer und die ihm gesinnungsverwandte Presse im Laufe der Jahre gegen mich an beispiellosen Unwahrheiten zutage gefördert? Wo blieb denn da der Berichtigter? Wer hat denn da richtig gestellt, wie irgend eine Auslassung gemeint sein sollte? Da war Reichhäuser der Agent der Unternehmung, der Renegat, und man hat sich damit selbst ins Gesicht geschlagen. Herr Fischer erklärte z. B. zum Schluß der Verhandlung, daß Reichhäuser kein Sozialdemokrat sei, im Gegenteil diese Partei bekämpfe wie die „Post“. Kann es eine hundsgemeinere Beschimpfung geben, die man einem Manne zufügt, der ein Dutzend Jahre als Führer seiner Organisation sich in einer Weise in die Breche gestellt, wie ein zweiter es so leicht nicht wieder tun wird? Aber der „Renegat“, den man sich geschaffen hat, indem man ihn cum infamia vor der Front kassierte, weil er die Beschlüsse und den Willen seiner Organisation vertrat, diesen „Renegat“



kann man nur aufmarschieren lassen als ein Beispiel für den Terrorismus und die geistige Knechtschaft in der Sozialdemokratie. Einen ehrlichen und anständigen Arbeiter aus der Partei hinauswerfen, das ist nur möglich durch den Fanatismus des großen Haufens, auf dem die Herrschaft solcher Führer wie Richard Fischer beruht. Und wenn dann ein ehrlicher Arbeiter auf diese Weise abgetan ist, dann ist er ein „Renegat“. Probatum est!

Man tut nun so, und das ist wieder eine Berechnung, als ob man zu der Zeit, da die fragliche Notiz erschien, ihr irgend eine Bedeutung in Parteireihen beigegeben habe. Das ist ja gar nicht der Fall gewesen. Das beweist der gerichtliche Verhandlungsgang. Man hat z. B. die Kollegen Mussial und Mahlo in ihren Erklärungen dahin festzulegen versucht, daß sie in ihren Darlegungen vermießen hätten, gegen die sogenannte Schmiegegeldernotiz Front zu machen. Ja, warum sollten sie das? Das war Sache der Redaktion, aber nicht die ihre. Sie wandten sich gegen den Versuch Fishers, Tatsachen ins Gegenteil zu verkehren zu wollen. Und das war gerade das Unangenehme für Fischer, deshalb versuchte auch sein Verteidiger Heine, die Sachlage zu verschleiern. Aber niemals war eine Situation so klar wie diese. Mussial wie Mahlo, die den Mut hatten, zu sagen, was in dem „Vorwärts“-Betriebe ist, suchte der Verteidiger des Fischer in diesem Punkte kalt zu stellen; sie sollten über eine Notiz ausfragen, mit der sie nicht das geringste zu tun hatten. Es ist ihm ersichtlich sehr unangenehm gewesen, daß beide Kollegen unter ihrem Eide vor Gericht dem Fischer ins Gesicht erklärten, das sie für das von ihnen Behauptete die Verantwortung vor jedem Forum übernehmen. Darum ist es aber dem Fischer nicht zu tun, denn er will den Kopf aus der Schlinge ziehen. Aber so wenig die Kollegen Mussial und Mahlo damals ein Gewicht darauf legten, gegen eine für sie völlig teilnahmslose Stelle im „Korr.“ zu polemisieren, so wenig tat es damals die dem Fischer vorgesehene „Intelligenz“. Man muß die theatralische Enttückung des Rechtsanwalts Heine gesehen haben, mit der er Mussial und Mahlo zu den Toten warf, weil sie als Angehörige der „Vorwärts“-Druckerei nicht gegen die angeblich ungerechtfertigten Beschuldigungen des „Korr.“ wegen der „Schmiegegeld“-Angelegenheit zu Felde zogen, auf die in demagogischer Weise der ganze „Post“-Prozess konzentriert wurde, um die Tendenz zu verstehen, mit der Heine gearbeitet hat. Es kam ihm als führenden Parteigenossen nicht zum Bewußtsein, daß außer Mussial und Mahlo auch die Geschäftsinhaber eine zugunsten des Fischer gehaltene Erklärung publiziert hatten, in der ebenfalls nicht auf die in Rede stehende Notiz eingegangen war. War diese Notiz so schwerbeschuldiger Natur gegen Fischer, so müßten vor allem die Geschäftsinhaber des „Vorwärts“-Betriebes und die Neuen-Kommission in ihrer laugen Erklärung am 18. November 1906 darauf rekurrieren, sie taten es aber nicht; der beste Beweis dafür, daß man jener Notiz erst die neuerliche Bedeutung beilegte, als man sie brauchte zur Abschächtung eines Dritten. Zwei Jahre lang hat man darauf kein Gewicht gelegt und heute soll sie für mich und meine Kollegen Mussial und Mahlo den „Zusammenbruch“ von Zola bedeuten! Wäre mit der Sache etwas zu machen gewesen, man hätte nicht bis heute gewartet.

Pure Heuchelei ist es, wenn Heine in Berlin erklärte, und wenn es der „Vorwärts“ unterschreibt, daß man wegen der unsicheren Rechtslage damals nicht geklagt hat. Selbst der Amtsrichter sagte, daß die Buchstaben K. V. kein Hindernis für Fischer gebildet hätten, Klage gegen mich anzufrengen, aber heute machen die Herren aus der Not eine Tugend. Damals wäre Fischer böse „unter den Schlitzen gekommen“, und er war zu feig, seine Kritiker, deren betriebstechnischer Vorgesetzter er war, zur gerichtlichen Rechenschaft zu ziehen; das würde für Fischer und den „Vorwärts“-Betrieb nur mit einer riesengroßen Blamage geendet haben. Dem wollte man sich aber nicht aussetzen, und erst als diese Sache mit der „Post“ zusammengekuppelt

werden konnte, da war der Moment gekommen, sich „revanchieren“ zu können. Zwei Jahre lang hat außer dem „B.“ und der „R. B.“ weder ein sozialdemokratisches noch ein bürgerliches Blatt jene Notiz in dem Sinne behandelt, wie es heute in so demagogischer Weise vom „Vorwärts“ geschieht. Man sucht bei den großen Massen sowohl durch den zurecht gefügten Gerichtsbericht — es fehlt beispielsweise ganz die interessante Szene der Vernehmung Liepmanns, des Vorsitzenden der Neuenkommission — wie durch das „Entresillet“ des „Vorwärts“ den Eindruck zu erwecken, als ob Arm in Arm Ketzhäuser und die „Post“ gemeinsam über Fischer hergefallen wären. Die Herren konnten ja mit Sicherheit darauf rechnen, daß nach zwei Jahren kein Mensch in der Sozialdemokratie mehr eine Ahnung von dem damaligen Streitfalle hatte, und außerdem war man vorzüglich genug, nur vier Zeilen, die erst im Zusammenhange mit den vielen Spalten begründeter und nachweisbarer Anklagen gegen Fischer zu verstehen waren, zum Gegenstand einer Staatsaktion zu machen. Bei der ganzen Verhandlung traten die aus den Fingern gegohenen Verdächtigungen der „Post“ völlig in den Hintergrund, dagegen jonglierte der Rechtsanwalt Heine mit den vier Zeilen des „Korr.“, als ob sie erst gestern funkelnelne im „Korr.“ gestanden hätten, und als ob ich damit der „Post“ assistiert hätte. Derweilen wurden sie am 3. November 1906 veröffentlicht, der „Post“-Artikel im Dezember 1907 und 1908 erst zitierte die „Post“ jene vier Zeilen aus dem „Korr.“. Der „Zimmerer“ traf den Nagel auf den Kopf, als er 1906 dem „Vorwärts“ ins Stammbuch schrieb:

Das ist ein charakteristisches Stück von jenem System, das seit dem Sturz der alten „Vorwärts“-Redaktion die Regel des „Vorwärts“ bildet. Es läßt sich dahin zusammenfassen: Die Leser verwirren; bei ihnen Ekel gegen sachliche Auseinandersetzungen erregen; jede noch so sachliche Angelegenheit in einen persönlichen Streit umzumünzen und dadurch ihren Ausstrag zu hintertreiben.

Von „zwei Fächtigungen“ redet jetzt der „Vorwärts“, und alle seine Leser werden entzückt sein, was uns bereits durch Postkarte bestätigt wird. Aber man muß hier Gnade vor Recht ergehen lassen, denn die „Vorwärts“-Leser braucht man nicht tragisch zu nehmen, wie überhaupt die Intelligenz der Berliner Genossen eine sehr fragliche zu sein scheint; denn am 14. Oktober 1903 schrieb der „Vorwärts“:

Es war beschämend, während der Dresdner Debatte zu sehen, wie völlig kritiklos manche eifrigen und keineswegs unintelligenten Genossen den ganzen die Taktik betreffenden Verhandlungen gegenüberstanden, wie sie nach dem Lesen neuer Reden jedesmal ihre Meinung wechselten und heute Bebel's Ausführungen zustimmten, morgen denen Vollmars'. Eine derartige allen rhetorischen Einflüssen widerstandlos preisgebende Hilflosigkeit vermag natürlich nicht nur niemals einen eignen festen Standpunkt zu finden, sondern verlagert einem einigermaßen gewandten Gegner gegenüber auch vollständig in der Agitation.

Und das sind die „keineswegs unintelligenten“ Vertreter der Berliner Sozialdemokraten! Wie mag da das „gewöhnliche Volk“ beschaffen sein? Armer „Vorwärts“, dem im vorigen Jahr einmal das Solinger Parteiblatt erklärte: „Ein solcher Quatsch, wie er hier und an andren Stellen im „Vorwärts“ verzapft wird, geht in der Tat über unser Begriffsvermögen.“ Quatsch, das ist wirklich die richtige Wertung des ganzen „Vorwärts“.

Nun noch ein Wort an den Rechtsanwalt Wolfgang Heine. Man muß seine Pose gesehen haben, mit der er im höchsten sittlichen Pathos die Ehre seines Klienten verteidigte, jedes Stäubchen säuberlich vom Ärmel klopfte und die Behauptungen der „Post“ als den Ausfluß jener nichtswürdigen Kampfweise bezeichnete, „die darin besteht, daß man dem politischen Gegner die persönliche Ehre abzuschneiden versucht.“ Sehr richtig, Herr Heine, aber Sie würden gut daran getan haben, nicht nur die „Post“, sondern ganz besonders Ihren Klienten Richard Fischer mit dieser Ihrer Enttückung heinzuführen. Der Reichstagsabgeordnete Richard Fischer übt an seinen Gegnern eine

derartige persönliche Ehrabschneiderei, daß die „Post“ und der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie die reinen Waisenkinder dagegen sind. Was ich unter Beweis stelle. Und da kommt nun der Rechtsanwalt Wolfgang Heine und erdreckt sich, in bezug auf den „Korr.“ davon zu sprechen, daß „noch ein zweites Verleumderneft“, ausgehoben sei. Welche klägliche Rolle würde wohl Heine spielen, wenn er für das Schimpfwort „Verleumderneft“ den Wahrheitsbeweis antreten müßte? Welche ungeheure Verdächtigung liegt in diesem Vorwurfe, den Heine unter dem Schutze seines Plaidoyers erhob. Denn hätte er das bei meiner Vernehmung gesagt, so würde er eine deutliche Antwort aus dem alten Testament erhalten haben. In bezug auf die persönliche Ehre seines Klienten von mimosenhafter Empfindlichkeit, steht es einem solchen Rechtsvertreter sehr schlecht zu Gesicht, mit der Ehre anderer Leute, die gerade bei den Freunden und Genossen Heines einen Pappenspiel gibt, Schindluder zu spielen. Ich bin überzeugt, Heine hat in seinem ganzen Leben noch keine zehn „Korr.“-Nummern gelesen, aber eine willkürlich von ihm gedeutete Notiz ist für ihn bestimmend, von einem Arbeiterblatt als Verleumderneft zu sprechen. Die Zinsen von dieser „Kapitalanlage“, verehrter Herr Heine, sollen Ihnen nicht vorerhalten bleiben, dessen können Sie sich versichert halten. \* \* \*

In diesem herrlichen Bilde würde ein Pinselstrich fehlen, wenn nicht auch die „Leipziger Volkszeitung“ auf der Bildfläche erschiene. Einleitung und Schluß, womit sie den Artikel und Bericht des „Vorwärts“ begleitet, ist ganz im bekannten Saubherdenstile gehalten. Zu Nutz und Frommen der Nachwelt soll das glanzvolle Produkt der „R. B.“ in dieser Sache hier Platz finden. Sie schreibt:

Wieder mal Kronzeuge Ketzhäuser.  
Der Prozeß Richard Fischer gegen die Berliner „Post“ endete mit der Verurteilung des „Post“-Redakteurs zu 200 Mk. Geldstrafe. Die Verurteilung war vorauszu-sehen: „Interessant aber war der Prozeß durch eine zweite Verurteilung, die nicht den Angeklagten, sondern den Kronzeugen des Scharfmacherblatts zerschmetterte, den Herrn Ketzhäuser vom „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“. Ein Verleumderneft wurde aus-gehoben, und es trat zutage, wo die Subjekte sitzen, die der bürgerlichen Presse Material gegen die Arbeiterbewegung und deren Führer liefern. Über die Rolle, die das Ketzblatt Ketzhäuser, Mussial und Mahlo gespielt haben, schreibt der „Vorwärts“:

In seinem Schlußwort erklärte noch Fischer auf die Bemerkung eines der gegnerischen Verteidiger, Ketzhäuser sei Sozialdemokrat, daß die Partei diesen Mann schon lange von ihren Hochschöhen abgeschüttelt habe.

Wir gestehen, daß wir in der langen Geschichte der deutschen Volkseichhüste kein Subjekt von einer derartigen sittlichen Verkommenheit kennen gelernt haben wie den Gewerkschaftsredakteur Ketzhäuser.

So viel Morie, so viel Lügen und menschliche Bestialitäten (viehisch ist nicht richtig, denn wir wollen die vier- und zweibeinigen Lebewesen aus dem Tierreiche nicht kränken). Der „Leipziger Volkszeitung“ gegenüber habe ich keine Verteidigung, sondern nur eine Feststellung nötig. Danach ist Ketzhäuser der Kronzeuge der „Post“. Nach der Darstellung der „R. B.“ selbstverständlich seit Jahren und gegen Bezahlung. Denn Kronzeugen tun nichts umsonst, wie ja auch Sozialdemokraten in bürgerlichen Blättern gegen Bezahlung schreiben. Ferner trat zutage, „wo die Subjekte sitzen, die der bürgerlichen Presse Material gegen die Arbeiterbewegung und deren Führer liefern“. Also sozusagen ein gut eingerichtetes und für Verleumdungszwecke gut funktionierendes Geschäft. Firmenträger: Ketzhäuser, Mussial und Mahlo! Welcher Kollege mutet mir zu, daß ich mich dagegen verteidigen soll? Dabei geht dieses Geiern von Leuten aus, die im Hintergrund und anonym bleiben, während zeitweilig einige Strohpredakture — diesmal ein ehemaliger Schuhmacher namens Richard Bahrbt in Großsch — derartige Stillübungen nach außen hin zu vertreten haben. Wunderbar macht sich die alle Nasen lang wiederkehrende Simpelei, „daß die Partei diesen Mann schon lange von ihren Hochschöhen abgeschüttelt habe“. Warum, sagt das edle Papier nicht. In die gleiche Kerbe hieb auch Fischer

## Der Zweck der Übung.

Am 23. Januar d. J. wurde im deutschen Reichstag eine Milderung der Majestätsbeleidigungsparagraphen des Strafgesetzbuchs beschlossen, um dem schlimmen Unfuge mit den Majestätsbeleidigungsproben einigermaßen zu steuern. Wie immer, wollte auch hier die sozialdemokratische Fraktion ganze Arbeit machen, und es war in der zweiten Lesung des die Veränderung der Majestätsbeleidigungsbestimmungen betreffenden Gesetzesentwurfs gerade der Abgeordnete Wolfgang Heine, der für die gänzliche Aufhebung dieses Paragraphen eintrat. Der Reichstag jedoch trat auch in diesem Falle nicht dem Antrage der Sozialdemokraten bei.

Am 29. Oktober d. J. fand nun vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte eine Verhandlung statt, die in ihrer Aufmachung einer Staatsaktion glich. Eine beleidigte Majestät der andren Souleure wollte sich ihre angeblich (um die bei Beleidigungsprozessen sonst stets übliche Redensart des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ anzuwenden) ramponierte Ehre wieder herstellen lassen, und der Rechtsanwalt Wolfgang Heine ging für seinen Klienten Fischer mit einem Elan ins Zeug, daß der die vollständige Freisetzung der Majestätsbeleidigungsparagraphen so energisch befürwortende Abgeordnete Heine nicht wieder zu erkennen war. Jedenfalls verstand es der Vertreter des dritten Berliner Reichstagswahlkreises am firtrefflichsten, aus dem Prozesse Richard Fischers gegen die „Post“ eine Sensation zu machen. Und wer Sensation erregen will, geht zumeist nicht besonders wälerisch vor. Heine versteht sich bisweilen sehr gut auf die Massenpsychologie. Auf den Tribünen war man sich denn auch bald nicht mehr bewußt, daß Fischer gegen die „Post“ eine Klage angestrengt hatte, sondern man sah Reghäuser auf der Anklagebank und freute sich, daß und wie Heine immer mehr gegen diesen sowie die Kollegen Mussial und Mahlo das Feuer seiner Angriffe konzentrierte. Als dann Heine mit der gehörigen Pointiertheit erklärte, daß auch noch ein zweites Verleumdernetz durch diesen Prozeß ausgehoben sei, und das sei die Redaktion des „Korr.“, da war Heine der Held des Tages.

Er ist es nicht immer und war es im besondern nicht in Nürnberg, wo er, eins der erleuchteten Säupter in der Gemeinde der Revisionisten, auffallend wortfarg war, trotzdem dort der Revisionismus sein erstes großes Treffen mit Bravour und gutem Gelingen schlug. Was er dann durch seine Stimmabgabe gelündigt, wird ihm von seinen Mandatgebern nun wohl wieder vergeben und vergessen sein. Der Zweck seiner Übung hätte Heine also erreicht. Wir müssen indes dem Herrn Heine jede Berechtigung bestreiten, von der Redaktion des „Korr.“ als von einem Verleumdernetze zu sprechen. Daß in ein Blatt aus einmal Umgehungen, hineinkommen, läßt sich nicht vermeiden, ob solchen „Verleumdungen“ ist auch die gewissermaßen Redaktion nicht sicher. Jedenfalls kann die Redaktion des „Korr.“ mit dem „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ jeden Vergleich in puncto Wahrheitsliebe ausfallen, der Beweis wäre an Hunderten von Fällen anzutreten. Auch die von den erwähnten beiden Parteioorganen in den drei getretenen beiden Berliner Kollegen Mussial und Mahlo haben nicht das geringste gemein mit den Grabhüdnereien, wie sie im „Vorwärts“ und in der „Leipziger Volkszeitung“ in den letzten Jahren immer mehr eine gewöhnliche Erscheinung geworden sind und gerade diese beiden sogenannten tonangebenden Blätter auf einen immer größeren Tiefstand herabgedrückt haben. Den Kollegen Reghäuser oder die Redaktion des „Korr.“ überhaup mit der wahren Orgeln in der Scharfmacherei vorführenden „Post“ irgendwie identifizieren zu wollen, ist einfach wahnwrig, denn ehe der be-rühmte Reichsverband eine eigne Druckeri befaß, wurden jene Waschgettel oft in der Druckeri der „Post“ hergestellt und öfters gleich auch ganze Nummern der „Post“ mit ausdrücklicher Bezeichnung ihrer Herkunft zu dem bewußten Zwecke verbreitet. Zu dem Zwecke nämlich, unsern Verband auf Grund der Haltung seines Organs als sozialdemokratische Gewerkschaft zu kennzeichnen und damit seine Geschäftlichkeit speziell für die sogenannte nationale Presse darzutun. Die erbärmlichen Kombinationen auch nur der entferntesten Beziehungen zwischen der Stummischen „Post“ und dem „Korr.“ brechen schon mit dieser einen Feststellung zusammen, ganz abgesehen davon, daß der „Korr.“ seiner Meinung über die „Post“ im Laufe der Jahre häufig genug Ausdruck gab. Herrn Heine aber von dem Verleumdernetze der Redaktion des „Korr.“ sprechen zu hören, bereitet trotz der damit ausgeprochenen Infamie einiges Vergnügen, denn auf Wolfgang Heine bezogen sich folgende Worte Bebel's auf dem Dresdener sozialdemokratischen Parteitag ebenfalls:

Ich hätte es vor einigen Jahren nicht für möglich gehalten, daß es Elemente gibt, die moralisch so tief gesunken sind (stürmischer Beifall), daß sie für ein Blatt wie die „Zukunft“ bis in die letzten Tage mitarbeiten und mit Herrn Maximilian Wittkowskifarden noch gewisse freundschaftliche Beziehungen unterhalten. (Wiederholter stürmischer Beifall.)

Herr Heine war zwar kein Mitarbeiter an der „Zukunft“, er gehörte aber zur Gardenschen Zafelrunde, und wer über die von dieser in Dresden gepflielten kläglichsten Rolle noch einmal der Orientierung bedarf, der lese im Protokolle vom Dresdener Parteitag nach und stelle dann die sich von selbst aufdrängenden Vergleiche an.

Die Ausfchlachtung des Fürstlichen Majestätsbeleidigungsprozesses durch den „Vorwärts“ verriet nur allzu deutlich, daß die Abfuhren aus dem Jahre 1906, die ihm vom „Korr.“ auf seine unqualifizierbaren Einmischungen

in die Tarifbewegung der Buchdrucker zuteil wurden, noch lange nicht verschmerzt sind. Wie vor zwei Jahren der „Vorwärts“ über die materiellen Ergebnisse der Tarifrevision von 1906 herfiel, sie in einer Weise herabsetzte, die für unsre Organisation nicht nur verlegend, sondern auch für den „Vorwärts“ besämdam dumm war; wie er speziell den Organisationsvertrag nach altbewährter Manier als einen Verrat an der Arbeiterchaft, als eine Auslieferung an das Unternehmertum mit allen Zeichen des Entsetzens vor den Führern der Buchdrucker seinen Lesern aufzies, um dann nach kaum einem Jahre bei dem Konflikt mit dem Warenhaufe Zandorf in Berlin die von der örtlichen Parteileitung und der Gewerkschaftskommission erfolgte Kopierung eines Teils des Organisationsvertrages — der Kontraktbruchbestimmungen — der Buchdrucker zum Zwecke eines Friedensschlusses zwischen genannter Firma und ihren Hausdienern selbst gutzuheißen, diese Hochsprünge und die vom „Korr.“ darauf in Wahrung einer selbständigen Gewerkschaftsattit erteilten Lektionen sind eben bei dieser Gelegenheit quittiert worden. Bei einem andren Anlaß, z. B. bei einem Veruche zur Widerlegung der Artikel über den Nürnberger Parteitag, wäre man wohl zu arg unter den Schlitzen gekommen. Deshalb hieß es auch beim „Vorwärts“: „Aufgehoben ist nicht aufgehoben“. Die denkbar möglichste Entstellung des Fürstlichen Majestätsbeleidigungsprozesses war das so lange ersehnte Ziel, auch für die schon vor 1906 empfangenen Hiebe die Quittung auszustellen. Daß nun gar zwei Angefallte des „Vorwärts“ sich erdrehten, den Geschäftsführer Fischer im „Korr.“ in verchiedenen Stellungen abzumalen, machte den Fall noch schwieriger und die Sache um so notwendiger. Denn nach der Logik der Leute, die am „Vorwärts“ in der „Leipziger Volkszeitung“ in öffentlicher Meinung machen und oft genug eine besondere, wenn auch nicht besonders schöne Moral predigen, ist es wohl verdientlich, die leitenden Personen bürgerlicher Betriebe in einem Gewerkschaftsblatte herunterzuziehen, der Herr Direktor des „Vorwärts“-Betriebes ist aber unfehlbar und unantastbar, eine geheiligte Person, und wenn sie auch, wie von Fischer männlich bekannt, mit Unternehmerräuren behaftet ist, die bei einer andren Person die schärfste Kritik erfahren würden. Die „Schmiergelber“-Affäre ist also gar nicht der springende Punkt, der „Schmiergelber“-Prozeß aber die vom „Vorwärts“ von Herzen erwünschte Gelegenheit, nach einer Seite einmal loszuschlagen, von wo er bisher stets schmerzvoll heimgeschickt wurde. Der Zweck der Übung des „Vorwärts“ geht ja aber nicht nur dahin, an Reghäuser, Mussial und Mahlo blutige Rewanche zuzumachen, ist im Vereine mit Wolfgang Heine nicht nur der, die Redaktion des „Korr.“ als ein Verleumdernetz zu kennzeichnen, sondern es ist zum hundertsten und wievielfsten Male der prägnante Ausdruck dafür, daß die ganze Richtung, in unserm Verbanne der Leuten nicht in der Form paßt, auf die die Worte des Parteidebateurs Rauch (Hannover) auf dem Nürnberger Parteitage gemünzt waren, daß es sehr leicht wäre, rabifale Reden zu halten, er aber nicht gewissenlos genug dazu sei. Und diese Leute sind jetzt obenan in der sozialdemokratischen Partei. Die von uns gehaltenen und sonst bis jetzt bei uns eingegangenen sozialdemokratischen Blätter lassen jedoch erkennen, daß die vom „Vorwärts“ mit seinem tendenziösen Prozeßbericht nebst obligatem Stimmungsbilde verfolgte Absicht ihren Zweck verfehlt hat: entweder ganz kurze Notizen oder eine gedrungene Wiedergabe der Verhandlungen in sachlicher Umleitung, das ist alles. Das „Volksblatt für Anhalt“ bringt sogar über eine am 1. November in Dessau abgehaltene öffentliche Buchdruckerversammlung, in der unser Kollege Reghäuser einen Vortrag über die gegenwärtige Situation im Buchdruckgewerbe und in der deutschen Gewerkschaftsbewegung hielt, einen kurzen, zumtinnenden Bericht, an dessen Schluß es heißt:

Der von Reghäuser vertretene Standpunkt, daß die Ziele der Arbeiterbewegung nur auf dem Weg einer systematisch aufbauenden, organischen Entwicklung erreicht werden können, wird, wie unsre Leser wissen, auch von uns als richtig anerkannt. Der interessante, äußerst lehrreiche Vortrag wurde von den Versammelten mit großem Beifall aufgenommen.

An einer Stelle aber fand der „Vorwärts“ ein tausendfaches Echo und hundertfache Übertreibung: bei der eblen „Leipziger Volkszeitung“, der der Reichstagsabgeordnete und Kollege Hildenbrandt in Nürnberg die grenzenlose Hochachtung bezugte, daß jeder anständige Mann in der Arbeiterbewegung Tag für Tag von ihr angespuht werde. Dieses Blatt Papier, das schon seit langem von jedem anständigen Parteigenossen nur mit den Fingerzspitzen angefaßt wird, hat in diesem Fall alle seine früheren Metorde mit Glanz geschlagen und die an der Spitze dieser Nummer abgedruckte schamlose Gemeinheit über unsern Kollegen Reghäuser verbrochen. Dagegen ist der „Vorwärts“ noch ein Ausbund von Unstand und Moral, ein wahrer Zungenbold, wiewohl bei dessen Quellen mit den Gewerkschaftsredakteuren resp. -führern Güd, Baplow, Bringmann, Paul Müller, Segien, Umbreit, Gerkh usw. auch nicht mit Raffebobnnet geschlossen wurde. Der Zweck der Übung bei der „Leipziger Volkszeitung“ liegt am klarsten, ist aber vielseitiger als beim „Vorwärts“. Seit Jahren arbeitet sie schon systematisch auf die Freisetzung Reghäusers hin. Im Frühjahr 1906 rückte sie bei der von ihr schlant erfundenen „Kronzeugen“-Affäre zum ersten Male ganz deutlich heraus: „... Daß er nach seiner Tat und nach dem Prozesse (mit dem Reghäuser nicht das geringste zu tun hatte. Red. d. „Korr.“) noch möglich ist als Redakteur eines Arbeiterblattes ist ein höchst bedauer-

bei der Gerichtsverhandlung. Die Deutchen fühlen nicht, wie die seinerzeit gegen mich geübte brutale Bergewaltigung hiermit als sittliches Prinzip der Sozialdemokratie erklärt wird! Da seiner meine „HelfersHelfer“ die Kollegen Mussial und Mahlo sein sollen, schlägt sich die „L. B.“ selbst ins Gesicht, denn die Mitteilungen dieser Kollegen über die Unternehmerräuren Fischers datieren seit zwei Jahren zurück, und in dieser ganzen Zeit sind die genannten demnach mit Wissen und Willen der s.-d. Partei und der „L. B.“ Mitglieder der Sozialdemokratie geblieben, trotzdem schon damals die „L. B.“ hätte „feststellen“ können, daß die „Subjekte“ Reghäuser, Mussial und Mahlo ein „Kleeblatt“ bildeten, das den Feinden der Arbeiterbewegung Material gegen diese liefert! Je stärker also der reiche Wortschatz der „L. B.“ jetzt zur Verwendung kommt, desto klarer ist für jeden Menschen mit fünf Sinnen zu erkennen, was „der Zweck der Übung“ ist. Nicht nur die Liebe, auch der Haß macht blind, und das hat der „L. B.“ von meiner Seite aus schon die entsehltesten Hiebe eingetragen. Hat man den „Eiger als Affe“ schon vergessen? Hat man vergessen, daß seinerzeit eine Leipziger Buchdruckerversammlung der „Volkszeitung“ die Verachtung aussprach, das stärkste, was Arbeiter gegen ein Arbeiterblatt tun können? Und nun zum „Polizeischuß“. Jeder Arbeiter weiß, daß „die lange Geschichte der deutschen Polizeischußte“ eine solche von „Gentlemen“ ist, die namentlich in der Zeit des Sozialistengesetzes durch Spionage, Provokationen und Demunziationen Familien auseinanderreißen und unerhörtes Elend über sie brachten. Ein solcher Kerl schlug heimtückisch in der Schweiz den verstorbenen Willenberger nieder und soll dessen früher Tod auf jenen Schlag zurückzuführen sein, ein andrer dieser „Gentlemen“ — als solche bezeichnet die „Leipziger Volkszeitung“ auch mich und die Kollegen Mussial und Mahlo — bespitzelte in Briefen den idealen Anarchoisten Neve und lieferte ihn der preußischen Polizei in die Hände. Drei Arbeiter in Berlin wurden von solchen Elementen in der Tod getrieben, durch Provokationen dieser „Gentlemen“ würdet ungeschätzte Jahre Buchhaus über deutsche Arbeiter verhängt, Menschen und Geistigen vernichtet — aber diese von der Weltgeschichte angespienen Subjekte waren Ehrenmänner gegen den Reghäuser, denn wir müssen „gestehen, daß wir in der langen Geschichte der deutschen Polizeischußte kein Subjekt von einer derartigen sittlichen Verkommenheit kennen gelernt haben wie den Gewerkschaftsredakteur Reghäuser“! Höher geht's wohl nimmer, was in der Partei der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geleistet werden kann. Ist das der „sozialdemokratische Geist“, zu dessen Pflege — laut den Beschlüssen von Mannheim und Stuttgart — die Gewerkschaftsführer verpflichtet sein sollen? Zu bemerken ist noch, daß die „L. B.“ in ihren Ausführungen kein Wort darüber bringt, daß die fragliche Notiz vor zwei Jahren im „Korr.“ erschien, nein, im Gegenteil, sie erweckt absichtlich den Eindruck, als ob von mir die „Post“ bei ihren Beschuldigungen gegen Arbeiterführer ihre Informationen hole. Der „Leipziger Volkszeitung“ würde es aber dienlich sein, sich weniger um uns als um jene sozialdemokratischen Salunken zu kümmern, die sogar in parteigenössischen Ehrenstellen sich befinden, welchen Elementen aber die „Leipziger Volkszeitung“ kein Haar krümmt, weil sie Fleisch von ihrem Fleische sind. Mich kann die „Leipziger Volkszeitung“ nicht beleidigen; zu bedauern sind nur jene Arbeiter, die sich von solchen traurigen Figuren mit revolutionären Strafen und Schlagworten füttern und auf andre Arbeiter heßen lassen. Dieses Geschäft wird ja auch nicht ewig währen können, denn für die „Leipziger Volkszeitung“ gilt daselbe, was ich seinerzeit meinem Artikel gegen Richard Fischer als Motto voransetzte:

Die Gemeinheit streckt dich nieder,  
Denn sie zielt zu gut gedeht,  
Und sie steigt, steigt immer wieder,  
Wis sie an sich selbst verreckt!

Leipzig, 3. November 1908.

Ludwig Reghäuser.





## Korrespondenzen.

**Witterfeld.** Am 24. Oktober hielten wir unsere Monatsversammlung ab, zu der auch unser Bezirksleiter Ehnert (Dessau) erschienen war. Obgleich nun der Vorsitzende sämtliche Kollegen per Zirkular eingeladen, hatten es doch einige nicht für nötig befunden, dieser Einladung zu folgen. So beauerlich es nun auch ist, daß es Kollegen gibt, die bei derartigen Veranstaltungen sich ihres Pflichtgefühls als Verbandsmitglieder nicht bewußt sind, so konnte man doch nicht umhin, den Versuch dieser Versammlung, im Gegensatz zu den früheren, als einen sehr guten zu bezeichnen. Nachdem der Vorsitzende den Kollegen Ehnert begrüßt und die Tagesordnung erledigt war, erteilte er dem Bezirksleiter das Wort zu seinem Referate: „Zunere Agitation“. Eine lebhaft diskutierte Disposition schloß sich an diesen interessanten Vortrag. Der Vorsitzende dankte Kollegen Ehnert für seine Mühe und schloß die Versammlung. Goffen wir, daß dieser Vortrag dazu beitragen wird, daß auch hier in Witterfeld endlich einmal Ruhe und Frieden Einkehr halten.

**M.-e. Bezirk Breslau.** Am 25. Oktober fand die erste Bezirksversammlung statt, zu der aus dem neuemverleibten Orte Woslaw mehrere Kollegen erschienen waren, die vom Vorsitzenden begrüßt und zu reger Anteilnahme am Verbandsleben des Bezirks Breslau aufgefordert wurden. Hierauf hielt Kollege Paul Kufche einen Vortrag über „Die gewerbliche Unfallversicherung“. Der Vortragende machte die Anwesenenden mit einer Versicherung bekannt, der in Deutschland 18 Millionen Menschen unterstehen. Redner illustrierte seinen lehrreichen und interessanten Vortrag mit einer Fülle von Beispielen aus der Praxis. Zum Schluß erläuterte er noch die Unfallverhütungsvorschriften. Reicher Beifall wurde ihm zuteil. — Sodann hielt Kollege C. Schmidt einen kleinen Vortrag über „Die Kollegengangsvereine im B. d. B.“. Der Redner führte speziell aus, daß die Mitgliederzahl derselben in keinem Einklange stehe zu der der Ortsvereine, und forderte auf, daß man hauptsächlich die jungen Kollegen aufmerkjam machen solle, daß sie dem Kollegengangsvereine beitreten. In der Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, warum sich der hiesige Gesangsverein Gutenberg nicht dem Arbeiterjüngerbunde anschließen. Der Vortragende, zugleich Vorsitzender des hiesigen Gutenberg, beantwortete diese Frage dahin, daß er diesen Beitritt sehr gern sehen würde, es seien aber eben zu wenig Mitglieder, denn mit dem bloßen Beitritte sei nicht genug getan, man müsse auch in gegenseitiger Beziehung seinen Pflichten nachkommen, und dies könnte eben der Gutenberg als Kollegengangsverein, dem andere Aufgaben gestellt sind, nicht. Mehrere Redner sprachen sich in demselben Sinne aus. Auch wurde bemerkt, daß die in einer Stadt fremden Kollegen in dem Kollegengangsverein auf besten Fußes stehen. Unter „Mittelstufen und Fragen“ ging Kollege C. Schmidt auf die Beschwerden der fleißigen Kollegen ein, daß das Goutagsprotokoll zu sehr gekürzt sei. In Zukunft möchte man die Beisitzer im Goutagsprotokoll, die zugleich auf dem Goutageprotokollführer sind, entlasten, indem man Stenographen diese Arbeit übertrage. Der Vorsitzende Härtel erwiderte, daß damit dem Übel nicht abgeholfen sei. Das Protokoll müsse dann auch gekürzt werden. Am besten sei es, wenn nur ein Beisitzerprotokoll gedruckt werde. Goutageführer Fiedler wies darauf hin, daß viele Gaus überhaupt kein Protokoll drucken. In dem diesmaligen Protokolle sei nur dem Sinne nach gekürzt worden; außerdem haben die Redaktionskommissionsmitglieder Korrekturabzüge erhalten und davon weitgehenden Gebrauch gemacht. Die Versammlung erledigte im weitesten noch einige Internas und Aufnahmegeräude.

**Magdeburg.** Am 25. Oktober fand hier die Herbstversammlung des Bezirks Magdeburg statt. Vertreter waren die Orte Egel, Gardelegen, Gr. Salze, Neuhaldensleben, Seehausen i. U., Stendal, Tangermünde, Wangleben und Wolmirstedt mit zusammen 59 Mitgliedern. Von den Mitgliedern des Vororts waren rund 200 erschienen. Als Referent war der Kollege Krahl (Leipzig) gewonnen, während unser Bezirksvertreter, Kollege König (Salze), als Vertreter des Goutagsprotokollführers zugegen war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde des am 19. Oktober in Magdeburg verstorbenen Kollegen Pinfaul ehrend gedacht. Aus dem vom Bezirksleiter Herwig gegebenen Situationsberichte geht hervor, daß der Bezirk (auschl. Magdeburg) 29 Druckorte mit 100 Druckereien umfaßt, von denen 68 tariffrei sind. Die 32 tarifwidrigen beschäftigten ungefähr 100 Personen. 44 Prinzipale gehören dem Deutschen Buchdruckerverein an. Die geplante Bildung eines Bezirks „Altmark“ mit dem Vororte Stendal konnte noch nicht vollzogen werden, da eine Bezirksvorsteherkonferenz, der die Regelung dieser Neuenteilung überwiesen war, noch nicht abgehalten ist. Wenn auch aus vielen Orten erfreuliche Fortschritte zu konstatieren seien, so verbleibe doch noch immer ein ausgedehntes Arbeitsfeld. U. a. wurde auch in Egel — einem Schmerzenskind uners Gaus — versucht, organisatorischen und tariflichen Boden zu gewinnen, teilweise mit Erfolg. Die Firmen Pflanz (Neuhaldensleben) und Behold (Wangleben) und auf gegenseitigen Antrag aus dem Verzeichnis der tariffreien Druckereien gestrichen worden. Beide Geschäfte opponierten gegen diese Maßnahme beim Tarifamt. In Stendal haben wir jetzt einen Mitgliederstand von 35, der sich hoffentlich dadurch noch vergrößern wird, daß die Kollegen im „Altmark“ sich der Notwendigkeit der Organisierung bewußt werden. Der Vorsitzende lenkte nun unter Gewährung des Inkrafttretens des sogenannten kleiner Beschäftigten

fände sich in politischem Fahrwasser, das stimmt aber nicht, die „Christlichen“ sind viel politischer als wir. Dieser Anwurf läßt sich nur durch eines erklären: Es müssen doch in der Redaktion der „A. B.“ Elemente sitzen, die ihre Handlungen durch klingende Münze beeinflussen lassen; denn man setzt gemeinlich bei andern dasjenige voraus, dessen man selber fähig ist. Damit ist für uns diese Angelegenheit erledigt. Um zu zeigen, daß auch in der allerletzten Zeit die „A. B.“ von ihren netten Gesplogenen nicht abläßt, jeden ihr Unbequemem oder eine andere Meinung Vertretenden einfach niederzuknüppeln, sei noch erwähnt, daß der „Grundstein“ sich des erst kürzlich von der „A. B.“ veröfentlichten Gewerkschaftsredakteurs Staudinger vom „Steinbecker“ annahm, indem er sagt, eine solche Kampfesweise lasse sich „nur aus der herostratischen Verwilderung erklären, die in diesem Arbeiterblatt“ immer mehr um sich greift“, um dann zu schreiben:

Man sieht, wie die „A. B.“ auch hier wieder die Taktischen tendenzis entstellt hat, um einen ihr mißliebigen Genossen herunterzureißen. Aber selbst wenn es so gewesen wäre, wie die „A. B.“ behauptete, so würde es einem Menschen von halbwegs vornehmer Denkart widerstreben, mit derartigen Mitteln zu arbeiten. Bei der „A. B.“ aber ist eine derartige Methode allgemein üblich. In diesem Falle wird sie nun glücklicherweise davon Betroffenen nicht persönlich gefährlich, denn die Gewerkschaften haben sich seit langer Zeit daran gewöhnt, mit spöttischem Aufschneiden alle Pfeile abzuföhnen, die von dieser Seite auf sie zugeflogen kommen. In der politischen Organisation ist es leider anders; dort ist es der „A. B.“ bereits mehr als einmal gelungen, die mit ihrem Haße beehrten Genossen aus ihren Stellungen zu vertreiben, so im Falle der „Vorwärts“-Redakteure, beim Genossen Maurenbrecher usw. Wer diese Dinge verfolgt hat, der kann sich nur über die Langmut wundern, mit der man bisher einem solchen verächtlichen Treiben zuseh.

Aus den eignen Reihen, d. h. von den sozialdemokratischen Zeitungen selbst, wurde noch vor einigen Wochen der „A. B.“ ein hübsches Bild vorgehalten. Die eingegangene „Volkswacht“ in St. Johann sprach nämlich im schönsten Frakturstil also von der „A. B.“:

In Nürnberg sollte einmal entschieden werden, ob es zum Nutzen der Partei ist und ob die „A. B.“ schreiben darf, daß das Referat Bismarcks in Pöhl höchst oberflächlich war, daß Robert Schmidt ein höchst oberflächliches, feistes Referat gehalten, daß die Wörter von Schöppel, David, Bernstein oberflächlich, feiste, zusammengestoppelte Worte seien. Eine solche Beurteilung ist einfach unehrerföhrt, führt mit Naturnotwendigkeit zur Sezession der Partei, denn auf die Dauer läßt man sich eine derartige Behauptung doch nicht bieten. Man wird sagen: Daß sie doch, denn die urteilsfähigen Genossen im Lande halten diese Schreiber für das, was sie sind: Stänker und aufgeblasene Faktes! Wenn es sich nur um aufgekärte Parteigenossen handelte, bräuchte man kein Wort zu verlieren, aber es handelt sich um viel mehr, um die ganze Agitation, und da hat uns dieses eine Parteiblatt denn doch bald genug Mittel zwischen die Beine geworfen.

Nächst sich angeht die Tatsache, daß nichts auf die „A. B.“ Einbruch macht, daß keine Kritik bei ihr verfangt, sich niemals bei ihr eine Besserung zeigt (die Kopfwäsche, die vor einigen Monaten nicht zuletzt wegen der schandbaren Verichterstattung über unsere Generalversammlung an ihr von einer Leipziger sozialdemokratischen Versammlung vorgeommen wurde, ist auch schon längst wieder vergessen), nicht vielleicht das bekannte Wort Goethes anwenden: Man sieht, es bessert auch nicht Glend, Neer noch Zeit, einmal ein A. .... er bleib's in Ewigkeit?

Über den Zweck der Übung gerade bei der „Leipziger Volkszeitung“ noch zu sprechen, wäre eine komplette Unflüssigkeit. Seine ließ schon erkennen, daß es sich nicht um Rezhäuser allein handle, der „Vorwärts“ ließ das noch deutlicher durchblicken, die „A. B.“ begehrt mit ihrer ganzen Tradition und ihrer schamlos freien Beschimpfung Rezhäusers jeden Zweifel über die wahren Absichten und die „Volkzeitung“ für das Muldental, ein Ableger der „A. B.“, sagt es zum Überflus auch noch einmal:

Läßt der Buchdruckerverband einen solchen Mann noch länger an dem verantwortungsvollen Posten des Redakteurs, so hat er den Anspruch darauf verwirkt, wie eine wirkliche Arbeiterorganisation behandelt und betrachtet zu werden. Wobei noch zu bemerken ist, daß dann auch unabhinglich der Vorsitzende eines solchen Verbandes in Zukunft Mitglied der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften sein könnte. Es ist einfach Pflicht der deutschen Gewerkschaftler, hier auf reinliche und würdige Verhältnisse zu dringen.

Es liegt nun an der gesamten Verbandskollegenschaft, zu erklären, ob ihr ein „Polizeischuft“ und ein „Verleumdner“ von Redaktion fernern noch die geistige Kraft bereiten und verabreichen dürfen, ob das eigene Urteil maßgebend sein soll, oder ob sie sich dem zu fügen gesonnen ist, was ihr Gute vorschreiben wollen, die noch in jeder kritischen Situation, welche unser Verband durchzumachen hatte, ihm in den Rücken stelen — wir werden dann zu handeln wissen!

**Die Mitglieder der Redaktion und Expedition des „Korrespondent“.**

Willi Krahl, Charles Schäffer, Georg Böblich.

Verschiedene andre Stimmen aus der Gewerkschafts- presse übergehend, die jedoch jeden Augenblick nachgeholt werden können, wollen wir der „Solgarbeiterzeitung“ noch zu folgendem Konterfei der „A. B.“ das Wort geben: Wenn übrigens eines erwiesen ist, so nicht, daß die Buchdrucker im bürgerlichen Fahrwasser schwimmen. Wenn jemand im bürgerlichen Fahrwasser schwimmt, so ist es höchstens die „Leipziger Volkszeitung“. Denn die Art und Weise, wie sie die Gewerkschaften immer wieder behandelt, ist die Kampfesweise bürgerlicher Parteien, besonders der Junker gegen die Arbeiter. Wenn die „Leipziger Volkszeitung“ es nicht lassen kann, die Gewerkschaften en canaille zu behandeln, so wird sie sich den Vorwurf nicht eripaten können, daß sie sehr verwerfliche bürgerliche und junkerliche Kampfesmethoden immer wieder auf die Arbeiterbewegung überträgt.

Das Jahr 1906 schloß dann für die „A. B.“ mit einer ebenso kräftigen wie verdienten Ohrfeige, die ihr in einer sehr gut besuchten Versammlung die Leipziger Kollegen schaffte applaudierte durch fast einstimmige Annahme nachstehender Resolution:

Die am 7. Dezember tagende Mitgliederversammlung spricht der „Leipziger Volkszeitung“ ihre Entrüstung über die heimtückischen und gemeinen Veröffentlichungen in bezug auf unsre diesjährigen Tarifverhandlungen, aus. Die Versammlung ist davon überzeugt, daß die „A. B.“ wider besseres Wissen nur darum eine solche der Wahrheit ins Gesicht schlagende Verichterstattung gewählt hat, um eine Spaltung innerhalb der hiesigen Arbeiterschaft herbeizuföhren. Die jahrelangen charmakratischen Verdächtigungen und Schmähungen, mit denen durch die „A. B.“ die Buchdrucker den andern Gewerkschaften gegenüber behacht wurden, sind Beweise genug dafür. Indem wir uns mit der „Korr“-Redaktion solidarisch erklären, sind wir der Überzeugung, daß auch bei den diesjährigen Tarifverhandlungen unsre Berufsleute Vertreter alles eingeseht haben, um das zu erreichen, was sie als Kollegen mit gutem Gewissen bieten zu können glauben.

Nicht, daß die „A. B.“ daraus gelernt hätte, sondern weil im folgenden Jahre (1907) bei den Buchdruckern „nichts los“ war, verhielt sie sich verhältnismäßig ruhig. Im Jahre 1908 aber blühte ihr Weisen wieder, stand doch eine Generalversammlung unsers Verbandes vor der Tür. Wie schon erwähnt, verlangte sie wegen der Artikel „Gewerkschaftliche Neutralität“ die Absehung Rezhäusers — mit welchem Erfolge, ist bekannt.

Dann zeigte sie sich wieder vollständig auf ihrer Höhe bei der Verichterstattung über unsern kleiner Verbandstag. Diese fiel so ungerecht aus, daß der erste Verichterstatte in der Leipziger Mitgliedschaftsversammlung gleich einleitend bemerkte, das sei keine Verichterstattung mehr gewesen, sondern eine Gemeinheit.

Das „Korrespondenzblatt“ sah sich auch in diesem Falle veranlaßt, der „A. B.“ aufs Dach zu steigen:

Während die Parteipresse im allgemeinen eine anerkennenswerte Objektivität bei der Verichterstattung über diesen Verbandstag befundete, hielt es die „Leipziger Volkszeitung“ für angebracht, ihre Leser durch Einfügungen, Glossen und Ausstrufzeichen darüber zu belehren, wie man in Leipzig einen solchen Bericht zu lesen habe. Wenn die Leser der „Leipziger Volkszeitung“ sich eine solche Art der Verichterstattung ruhig gefallen lassen, so haben wir keinen Grund, dieses harmonische Verhältnis zu trüben. Dagegen zwingt uns eine unfähige Einfügung der „Leipziger Volkszeitung“ zu einer näheren Charakterisierung. Das Blatt gibt aus dem Verhandlungsberichte der Sitzung vom 30. Mai in Nr. 124 (Hauptblatt, 2. Seite) folgendes wieder:

Den Anschlus an die Generalkommission der Gewerkschaften haben wir für notwendig gehalten; wir sind geworfen, mit der Gesamtheit zu gehen. Der Verband kann sich nicht von dem ausschließen, was die Arbeiterschaft hier geschaffen hat. Wir dürfen uns durch verschiedene religiöse oder politische Ansichten nicht entzweien lassen. Solche Differenzen sind auch beim Unternehmertume vorhanden, und doch sehen wir, wie sie in wirtschaftlicher Hinsicht „friedlich“ zusammen arbeiten. Die Generalkommission gibt der Einspinnung der großen Mehrheit Ausdruck, ihr Wert ist nicht zu unterschätzen, ihre Tätigkeit ist wichtig und erfreulich. Besonders hervorzuheben ist die Erziehung der Arbeiter zur Kampfbereitschaft, wovorstanden nach der Richtung hin, daß durch die Stellungnahme der Generalkommission die einzelnen Gewerkschaften ihre wirtschaftlichen Kämpfe auf eigne Kosten zu führen haben. Nur bei großen, unvorhergesehenen Kämpfen werden Mittel aus der gemeinsamen Kasse gegeben. Die Arbeiter werden dadurch zur Leistung höherer Beiträge verpflichtet. Wir mit unsren gestülkten Kassen sind ein begehrtes Objekt, bei großen Kämpfen sind wir in der Lage, Darlehen zu geben, die uns verzinst werden. Wir haben ein Interesse daran, die Generalkommission zu unterstützen, und diese hat auch unsren besonderen Verhältnissen stets das nötige Verständnis entgegengebracht. Sie hat uns gegen die Angriffe der Partei beim letzten Tarifabschlusse verteidigt. (Demnach eine Verteidigung gegen klingende Münze.) Vom Unternehmertumverband des Buchdruckergewerbes wird behauptet, der Verband be-



nachweislich die Aufmerksamkeit auf die Gehilfenprüfungen, die auch wir Gehilfen um so notwendiger erachten, da die Prinzipale fortwährend über „ungenügende Leistungsfähigkeit“ klagen. Bei diesen Prüfungen würde sich dann ja zeigen, wo die Ursachen dieser ungenügenden Leistungsfähigkeit zu suchen seien. Die im August d. J. hier in Magdeburg stattgehabte Versammlung von zum größten Teil tariffreien Prinzipalen des VI. Tarifkreises verlangte u. a. eine Erweiterung der Lehrlingsfala, die für die Kleindrucker unbedingt notwendig wäre. Hier klagte man natürlich auch über die mangelnde Tüchtigkeit der Gehilfen und verlangte bei einem festgelegten Minimallohn auch eine durch abzulegende Gehilfenprüfung garantierte Minimalleistung. Wie ein großer Teil der Prinzipale namentlich im Bezirk der Magdeburger Handwerkskammer der letzten Forderung gerecht wird, beweise die Tatsache, daß die Auslernenden nicht nur nicht zur Ablegung der Gehilfenprüfung angehalten werden, wie es das Gesetz fordert, sondern daß man die Lehrlinge gar nicht zur Lehrlingsrolle der Kammer anmeldet, um sie von vornherein der Prüfung zu überheben. Beispielsweise waren zu dieser Rolle gemeldet: in Schönbeck von 28 Lehrlingen einer, in Egehn von 14 Lehrlingen keiner, in Gommern von 5 Lehrlingen einer, in Seebauhen 5. Wanzleben von 3 Lehrlingen keiner, in Gr.-Ottersleben von 4 Lehrlingen keiner, in Wanzleben von 8 Lehrlingen vier usw. Überhaupt scheine unser Bezirk fruchtbarer Boden für allerhand „tarifreformerische“ Experimente zu sein, während die tariffreie Prinzipalität und Gehilfenschaft gerade des VI. Kreises alle Ursache hätte, gemeinsam an der Besserung der gemerblichen Zustände zu arbeiten. Sei doch nach der letzten Statistik des Tarifrats das prozentuale Verhältnis der Lehrlinge zu dem der Gehilfen bei den Sechern mit 28,5, zu ziemlich das schlechteste, bei den Drucklehrlingen mit 44,0 sogar das aller schlechteste sämtlicher Tarifkreise. Wenn man ferner bedenke, daß im Jahre 1907 auf 100 Verbandsmitgliedern 12,95 Fälle von Arbeitslosigkeit kamen und für den Monat Juli d. J. 104 608,80 M. Arbeitslosenunterstützung am Orte und auf der Reise (13 619,76 M. mehr als im Vorjahre) gezahlt wurden, dann sei unsre Opposition gegen derartige „Wünsche“ wohl begründet. Einmütig gelangte denn auch folgende Resolution zur Annahme: „Die Versammlung gibt ihrer Verurteilung Ausdruck über die in der von einer am 30. August d. J. in Magdeburg abgehaltenen Versammlung von zum größten Teil tariffreien Prinzipale angenommenen Resolution enthaltenen Forderungen: 1. einer Minimalleistung und 2. der Erweiterung der Lehrlingsfala. Die Gehilfen erklären es abzulehnen zu müssen, für eine gewissenlose Lehrlingsausbildung verantwortlich gemacht zu werden, die durch eine Erweiterung der Skala nur noch trasser würde. Wenn aber der Beweis einer Minimalleistung durch eine abzulegende Gehilfenprüfung garantiert werden soll, so kann dies nur unter der Bedingung geschehen, daß für das Nichtbestehen einer Gehilfenprüfung der Lehrprinzipal haftbar gemacht wird. Bezüglich der Forderung zu ad 2 befremdet es die tariffreie Gehilfenschaft, daß eine solche Forderung erhoben wird zu einer Zeit, die dringend eine Reduzierung der Lehrlingszahl rechtfertigt, und daß dies im Weisem und unter Zustimmung von Prinzipalen geschah, die in der Tarifgemeinschaft führende Kosten bekleiden.“ Nunmehr hielt der Kollege Krahl einen Vortrag über das Thema: „Die Voraussetzungen zu erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit“, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Als Bezirksleiter wurde der Kollege Herwig wiedergewählt. — Am Abend vereinigte noch ein gemütliches Beisammensein in der „Reichshalle“ viele Teilnehmer mit ihren Familien.

**Mühlheim a. Rh. = Berg. = Gladbach.** (Monatsversammlung vom 25. Oktober.) Trotz der reichhaltigen Tagesordnung war die Versammlung nur schwach besucht. Der Vorsitzende gedachte in kurzen Worten des verstorbenen Kollegen Silberberg, zu dessen Andenken sich die Anwesenden von ihren Sigen erhoben. Sodann behauerte er den schwachen Versammlungsbesuch und führte aus, daß er einen stärkeren Besuch erwartet hätte, zumal Kollege Karl Brachel (Röln) zu einem Vortrag über „Das Krankenversicherungsgesetz und die geplante Reform“ gekommen war. Es machte einen schlechten Eindruck auf den Referenten, wenn er sozusagen vor leeren Tischen und Stühlen sprechen müsse. Wenn das so weiter ginge, bekämen wir überhaupt keine Vorträge mehr in unseren Versammlungen zu hören. Leider konnte Kollege Brachel den angekündigten Vortrag nicht halten, da uns am Samstag das Lokal nicht zur Verfügung stand und wir die Versammlung auf Sonntag verlegen mußten, an welchem Tage der Referent verhindert war zu erscheinen, da im November die Vertreterwahlen zu der Ortskrankenkasse für die Fabriken stattfinden, so wäre zu wünschen, daß die nächste Versammlung, welche voraussichtlich am 15. November stattfindet, vollzählig besucht wird. In dieser wird dann Kollege Brachel den überaus lehrreichen Vortrag halten. Unter „Gewerkschaftliches“ machte Kollege Marx darauf aufmerksam, daß er einen Artikel an die Redaktion des „Korr.“ eingefandt habe betreffs Ausführungen zu dem Artikel „Wiederum Neutralität“ des Kollegen Rißel. Die Redaktion teilte aber im Briefkasten mit, daß sie der Darstellung des Kollegen Marx beipflichte, in dieser Sache sei aber Schluß gemacht; diese Notiz gab dem Kollegen Rißel Veranlassung zu der Äußerung: „Marx wird die Redaktion wohl verstoßt haben, aber sie pflichte seiner Darstellung nur bei, um ihn zu beruhigen“. Aus diesem Grunde sah sich Kollege Marx veranlaßt, seinen an die Redaktion gelangten Artikel zur Kenntnis der Versammlung zu bringen. In der anschließenden Diskussion

pflichteten alle Redner, gleichwie die Redaktion des „Korr.“ den sachlichen Ausführungen vollständig bei und behauerten den ablehnenden Bescheid der Redaktion. Gerade weil der Artikel aus dem hiesigen Orte stamme, in dem der Kollege Rißel konditioniere, sei er am besten geeignet, die Ansichten des Kollegen R. zu illustrieren. Folgender Antrag aus der Mitte der Versammlung wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung ersucht die Redaktion, den abgelehnten Artikel des Kollegen Marx betreffs Stellungnahme zu dem Artikel „Wiederum Neutralität“ des Kollegen Rißel unter allen Umständen zu veröffentlichen. Sollte die Redaktion dennoch auf ihren ablehnenden Standpunkte verharren, so sollen weitere Schritte getan werden, die es ermöglichen, daß auch diese Ausführungen, denen auch die Redaktion beipflichtet, zur Kenntnis der Kollegschaft gelangen.“ Zum Schluß sei bemerkt, daß, trotzdem es dem Kollegen R. bekannt war, daß diese Angelegenheit in der Versammlung zur Sprache kommen würde, er es vorgezogen hatte, derselben fernzubleiben. (Wir glauben, diese Darlegungen genügen vollkommen für den Zweck, welcher mit dem Abdruck des Artikels des Kollegen Marx erreicht werden soll. Redaktion.)

**K. München.** (Bayrischer Korrekturenverein.) Die Monatsversammlung vom 25. Oktober war erfreulicherweise wieder in der Lage, die Aufnahme zweier Mitglieder (München und Ansbach je eins) vorzunehmen. Dem hierauf von unserm bewährten Kassierer erstatteten Kasienberichts für das dritte Quartal 1908 ist zu entnehmen, daß der Kasienbestand am 30. September 1908 bei 59 Mitgliedern in elf Orten 342,34 M. betrug. Die Johann vom Kollegen Peukert eingeleitete anregende Diskussion über das Thema: „Die Aufgaben der Korrekturen und Revisoren bzw. das Verhältnis der beiden letzteren zu Prinzipal, Faktor und Segeleslegen usw.“ ließ die Klage über die Unterfchätzung unsrer Tätigkeit von seiten der Erwähnten in allen Ebnen erklingen. Ein Zusammenfassen der Ergebnisse dieser Diskussion zu einem Vortrag in einer der nächsten Versammlungen, der dann auch in der Fachpresse veröffentlicht werden soll, wurde auf Wunsch der Versammlung von einem Mitglied übernommen. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurde unter andern internen Angelegenheiten auch das Zirkular Nr. 13 des Verbandsvorstandes, betreffend den gegenwärtigen Stand der Spartenangelegenheit, zur Kenntnis genommen. Der Besuch dieser Monatsversammlung war leider wieder sehr schwach. Möchten die Kollegen endlich doch einsehen, daß ihre Pflicht nicht bloß im Bezahlen der wöchentlichen Beiträge besteht, sondern im tatkräftigen Mitwirken eines jeden einzelnen Mitgliedes an den Bestrebungen des Vereins denselben nur vorwärts und uns dem gesteckten Ziele näher bringt.

**k. Straßburg i. E.** In einer verhältnismäßig gut besuchten Versammlung nahm der Bezirksverein einen vom Gewerkschaftsrat der „Schloßhütter“ vorgeschlagenen „Welches Interesse hat die organisierte Arbeiterchaft an der Gemeindepolitik?“ entgegen. Unser Kollege J. Peirotes referierte in durchaus einwandfreier, sachlicher Weise über obiges Thema, den Mitgliedern die Vorteile vor Augen führend, die durch eine entsprechende Vertretung der Arbeiterchaft im Gemeindeparlament errungen werden, auf der andern Seite aber verloren gehen können. Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt; der reichliche Beifall der Versammlung bewies jedoch zur Genüge, daß der Referent den Nagel auf den Kopf getroffen hatte. Eine Debatte entspann sich unter „Vereinsmitteilungen“ über den von der diesjährigen ersten ordentlichen Bezirksversammlung gefaßten Beschluß, Versammlungsstrafen einzuführen. Verschiedene (35 von etwa 700) Mitglieder weigerten sich, diese zu bezahlen und wurden deshalb im „Wochenrapport“ vom Vorstande veröffentlicht. Fünf Kollegen der Druckerei, in welcher der „Wochenrapport“ hergestellt wird, „erlaubten“ sich, von dem Manuskripte (die Veröffentlichung der Namen betreffend) Gebrauch zu machen und in derselben Nummer des dem Vorstande unterstellten „Wochenrapport“ eine ganz nichtige, für den Vorstand jedoch beleidigende „Erklärung“ zu erlassen. Die Versammlung nahm hierzu Stellung und beschloß, daß die „Fünf“ einen entsprechenden Widerspruch im „Wochenrapport“ zu veröffentlichen haben, nachdem diese es abgelehnt, sich freiwillig zu einer Gegenerklärung herbeizulassen, trotzdem von verschiedener Seite die Handlung als Vertrauensbruch gekennzeichnet worden war. Im übrigen erwiesen sich auch die Gründe der andern Kollegen, warum sie die Strafe nicht bezahlen wollten, als nicht stichhaltig und ist zu erwarten, daß sämtliche Mitglieder dem Versammlungsbeschluß Folge leisten werden. Bei Punkt „Fachschulangelegenheiten“ bemängelte der Vorsitzende, daß der Vorstand, trotz der seimezeitigen Versicherung des Mitbestimmungsrechts seitens der Stadtverwaltung, über die Vorgänge in der Fachschule nicht unterrichtet werde, viel weniger noch etwas mitzureden hätte. Schuld daran wäre, daß einzelne Personen selbständig handelten und den Bezirksvorstand vollständig ignorierten, die Stadtverwaltung treffe keine Schuld. Die Versammlung beschloß, an die Stadtverwaltung eine diesbezügliche Beschwärde zu richten. Zu einer im November hier abzuhaltenden Konferenz der elsäß-Lothringischen Gewerkschaften wurden die Kollegen Schira und Schlatter bestimmt. Der vorgeschrittenen Zeit wegen mußten drei Punkte, die Verlegung der Herberge, Entschädigung der Kosten für ärztliche Mittelste und Beschiedenes, auf die nächste Versammlung verschoben werden.

**k. Straßburg i. E.** Am 18. Oktober, vormittags 10 Uhr, fand in der Kademieschule die feierliche Einweihung der Sezers- und Druckerschule statt.

Eröffnet wurde dieselbe durch Herrn Weigerordneten Regierungsrat Dominicus, als Vertreter der Stadtverwaltung, indem er ein Bild gab über die Entstehung der Fachschule, hervorhebend, daß die Initiative zur Verwirklichung des Gedankens zur Schaffung einer Fachschule der Gehilfenschaft entpunden sei. Die Finanzierung des Unternehmens wurde durch Regierung, Stadtverwaltung, Prinzipale und Gehilfen übernommen, so daß es möglich war, die Kosten der Einrichtung (20000 Mark) bis auf einen Restbetrag von 5000 M. zu bestreiten. Herr Unterstaatssekretär Mandel verpödigte das Unternehmen des Wohlwollens und Interesses der Regierung, seine Anerkennung über die schöne Einrichtung auszusprechen. Er hob die auf Grund von Tarifverträgen abgeschlossenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Buchdrucker aus auch für andre Berufsorganisationen nachahmenswert hervor, die es allein ermöglichen, gerechte Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu schaffen und das Gewerbe vor Schäden zu bewahren. Herr Fritz Kieffer als Vertreter der Prinzipalsorganisation verpödigte die Gehilfen des Entgegenkommens und Einvernehmens. Er wünschte sogar die Wiederkehr des alten patriarchalischen Verhältnisses, das auch, wie er anführte, bei seinem Eintritt in die Druckerei Tischbach vor 30 Jahren bestanden habe, durch den wirtschaftlichen Kampf jedoch wieder geschwunden sei. Seitens der Gehilfenschaft sprach Bezirksvorsitzender Kunkler den Wunsch aus, daß die Prinzipalität eine gewissenhafte Prüfung der zur Einstellung gelangenden Lehrlinge vornehmen möchte, denn die nötige Vorbildung bilde die Grundlage eines tüchtigen Buchdruckers. Des weitern möchte mehr Wert auf die künstlerische Ausführung der Druckarbeiten gelegt und das Publikum dazu erjogen werden, wenn das Interesse der Lehrlinge und Gehilfen für die Fachschule gefördert werden soll. Was nütze dem Gehilfen seine weitere Ausbildung, wenn er keine Gelegenheit habe, dieselbe zu verwerten. Mit Dankesmorten an die mitwirkenden Faktoren und den besten Wünschen für die Fachschule schloß Redner. Die Feier wurde durch zwei Gesangsvorträge am Anfang und Schluß derselben durch den Gesangverein Typographia verpödignt. Auch hier sei der Wunsch ausgesprochen: Möge die Fachschule blühen und gedeihen und dazu beitragen, daß die alte Gutenbergstadt Straßburg unter den Druckstädten den Platz einnehme, der ihr nach ihrer geschichtlichen Tradition gebührt und zum Wohle des gesamten Buchdruckgewerbes. Am Nachmittag feierte der Gesangverein Typographia sein 28. Stiftungsfest in altbekannter Weise, der Feier am Morgen einen erhebenden Nachdruck verleihend. Der Dirigent des Vereins, Kollege Hans Brincour, konnte bei diesem Anlaß auf eine fünfzehnjährige Leitung des Gesangvereins zurückblicken. Unre besten Glückwünsche!

## Rundschau.

Die Jenaer Lebermurs! Kürzlich hatte ein Herr Leber, seines Zeichens sozialdemokratischer Parteiführer in Jena, sich erdreistet, unsern Kollegen Adolf Wolf in Jena anzuflehen. Dieser blieb natürlich die Antwort darauf nicht schuldig und machte dabei für Herrn Leber recht unangenehme Andeutungen. Jetzt will die gekränkte Lebermurs zum Kabi laufen, was das „Jenaer Volksblatt“, an dem unser Kollege Wolf Redakteur ist, in humorvoller Weise glosst. Für Leber, der in seinem Artikel ganz nach dem Muster des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ erklärte, daß es ein Schandfleck für eine „moderne Gewerkschaft sei, solche Mitglieder, wie Verleger und Redakteur des „Jenaer Volksblattes“, in ihrer Mitte zu haben, ist es eine bittere Nuß, daß der Vorstand des Ortsvereins Jena sich sofort hinter seine Mitglieder Popelius und Wolf stellte und öffentlich erklärte: „Wir schätzen die Angegriffenen nach wie vor als vereidete Mitglieder unsrer Organisation.“ Aber in dieser Sache scheint neuerdings System zu liegen, weil der Diabefismus doch gar zu erbärmlich in Nürnberg abgeschritten hat. Rächen wir uns dafür an den Buchdruckern!

Mit den Tendenzen eines katholischen Arbeitervereins nicht vereinbar betrachtet der katholische Arbeiterverein in Straubing die gleichzeitige Zugehörigkeit seiner Mitglieder zu einer „freien“, in Wirklichkeit aber nur „sozialdemokratischen“ Gewerkschaft und hat daher folgenden Beschluß das Licht der Welt erblicken lassen: „Den dem Verein angehörenden freiorganisierten Mitgliedern es anheim zu stellen, entweder aus dem Arbeiterverein oder aus den freien Gewerkschaften auszutreten. Erfolgt ein Austritt aus dem freien Gewerkschaften nicht, werden sie aus dem Arbeiterverein ausgeschlossen, welche Maßregel bereits gegen einige Mitglieder angewendet wurde. Nur mit den Angehörigen des Buchdruckerverbandes wird eine Ausnahme gemacht, nachdem sich dieser Verband in Wirklichkeit stets neutral gehalten hat.“ Sondebare Schätler diese Straubinger! Sollte denn tatsächlich die in letzter Nummer von uns registrierte Erklärung des Delegiertentages der katholischen Arbeitervereine der Erzbischofe München-Freising (vgl. auch ferner die Rundschauotizen über die Delegiertentage in Köln und Münster), wonach für einen christlich denkenden Buchdrucker nur im Zweifel aller christlichen Gewerkschaften, dem Gutenbergbunde, Platz sein kann, weil unser Verband nach Ansicht dieser Leute nicht neutral ist, selbst innerhalb des katholischen Bayern keinen Glauben finden?

Mangel an Segeleschrlingen soll nach neuesten Meldungen nicht nur in Dresden und Leipzig (s. letzte Nr.)

sondern auch in Berlin bestehen und ging darüber der „Buchdruckwoche“ folgender Bericht zu: „Seit Anfang September bis 20. Oktober d. J. meldeten sich als Lehrlinge für den Schriftsetzer resp. Druckerberuf 270 Knaben. Hiervon wurden 32 zurückgewiesen, weil sie die erforderliche Schulbildung nicht hatten. Die übrigen wurden ärztlich untersucht, wobei zehn als krank resp. mit körperlichen Mängeln behaftet befunden wurden. Die dann noch Verbliebenen wurden auf ihre Schulkenntniffe geprüft. Obgleich alle Knaben aus der ersten Klasse einer Gemeindegewerkschule kamen, mußte elf Bewerbern der Eintritt in den Beruf verweigert werden, weil ihre Kenntniffe mit „ungenügend“ bewertet werden mußten. Von den sich meldenden Knaben wollten 142 Sezer, 95 Drucker und einer Stereotypenarbeiter werden. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß der Andrang zum Druckerberufe weit über das Angebot von Lehrstellen hinausgeht, während auf der anderen Seite ein gewisser Mangel an Sezerlehrlingen herrscht. Trozdem ist es nur in den seltensten Fällen möglich, die Knaben resp. deren Eltern zu bewegen, den Jungen als Sezer in die Lehre zu geben. Lieber verzichtet man auf den Beruf, wenn er nicht einmal „Maschinenmeister“ werden kann.“ Die an diese Erscheinung geknüpfte Erklärung des Verfassers vorstehender Notiz im letzten Satze trifft wohl in keiner Beziehung das Richtige. Die Ursachen eines abnehmenden Zustandes zum Sezerberufe und die Vernehmung eines solchen zum Druckerberufe sind nach unserer Meinung in erster Linie in den bedenkllicher gemordenen materiellen Aussichten für die Handwerker zu suchen; wofür die immer mehr sich steigende Einföhrung der Schreibmaschinen „bahnbrechend“ wirkt, während auf der anderen Seite die gleichfalls ständige Vernehmung der Druckmaschinen für den Druckerberuf weniger ungünstig wirkt. Daß der Titel „Maschinenmeister“ dabei verlockend wirken soll, kann nur eines Spatzvogels Meinung sein, aber nicht diejenige eines Berichterstatters, der gewerbliche und wirtschaftliche Fragen von der ersten Seite zu betrachten sich verpflichtet fühlt.

Das Ergebnis der Herbstgehilfenprüfungen der Handwerkskammer in Berlin bei acht Prüfungsterminen, welche sich über 54 Sezer, 31 Drucker und 4 Galvanoplastiker resp. Stereotypenarbeiter, ist folgendes: Bei den Sezern 1 „Recht gut“, 13 „Gut“, 22 „Ziemlich gut“, 17 „Genügend“; bei einem Prüfling war die Ausbildung zu mangelhaft, daß auf „Un-genügend“ erkannt werden mußte und soll derselbe noch ein halbes Jahr in einer anderen Druckerei nachlernen. Von den Druckern erhielten die Note „Recht gut“ 2, „Gut“ 10, „Ziemlich gut“ 8, „Genügend“ 11; bei der dritten Gruppe, den Galvanoplastikern resp. Stereotypenarbeitern, erhielten 3 „Gut“ und 1 „Ziemlich gut“. Der Prüfungsausschuß des Vereins Berliner Buchdruckermeister hielt drei Prüfungen ab, welche sich über 24 Sezer und 19 Drucker erstreckten; davon erhielten die Sezer 2 „Recht gut“, 9 „Gut“, 10 „Ziemlich gut“, 4 „Genügend“; bei den Druckern 1 „Recht gut“, 6 „Gut“, 5 „Ziemlich gut“. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über den kleinen Befähigungsnachweis und nachdem dem Verein Berliner Buchdruckermeister das wiederholt nachgesuchte Prüfungsrecht nicht gewährt wurde (wie bereits in Nr. 125 des „Korr.“ berichtet), stellte der Prüfungsausschuß mit dem 17. September seine Tätigkeit ein. Die bereits zur Prüfung Angemeldeten wurden dem Prüfungsausschuß der Handwerkskammer überwiesen. Für die Folge finden also sämtliche Prüfungen nur vor dem Prüfungsausschuß der Handwerkskammer statt.

Preisrichtererei. Die Buchdruckerei Joh. Valentin Gündling zu Viehrieh a. M. wurde durch das Ehren- und Schiedsgericht des Kreises III zu Frankfurt a. M. in einem sehr krassen Falle des Scheiterns für schuldig erklärt. Die der Beurteilung unterliegende Arbeit wurde von der zuständigen Rechnungsstelle auf den Preis von 201,35 Mk. und für jeden weiteren Bogen mit je 61 Mk. mehr kalkuliert. Die besagte Firma hatte, jedoch die betreffende Arbeit für 85 Mk. zu liefern sich erboten. Bemerkenswert aus der Antwort der Firma ist die Einwendung, daß sie kein Mitglied des Deutschen Buchdruckervereins sei und auch nicht verstehen könne, wie sich das Ehren- und Schiedsgericht über Sachen aufhalte, die daselbe doch gar nichts angingen. Sie — die Firma — könne doch auch umsonst arbeiten, das ginge doch keinen Menschen etwas an.

Über das umfangreichste Druckwerk der Welt, von dem infolge seiner Seltenheit und seines Umfanges — es zählt nicht weniger als 5020 Bände in Quart — in Fachkreisen wenig oder gar nichts bekannt ist, plaudert in einem größeren hochinteressanten Aufsatze W. M. Jbler in dem „Ostasiatischen Lloyd“, worüber die „Buchdruckwoche“ vor einiger Zeit schrieb: Langjährige Untersuchung im Reiche der Mitte haben den genannten Forscher zu folgenden Ergebnissen geführt: Dieses imposante Werk ist eine chinesische Enzyklopädie und in der Tat ein Monumentalwerk der Literatur. Seine Entstehung verdankt es der Initiative des berühmten chinesischen Kaisers Kang-hi 1662—1722, der in Gemeinschaft mit mehreren hochgebildeten Jesuitenmissionären in einem Zeitraum von 40 Jahren das Erschienen genannten Werkes 1726 ermöglichte. Der Titel des Werkes ist „Ku-kin-tu-shue-tse-cheng“ (wörtlich: Vollkommene Übersicht von alten und neuen Werken), welche Bedeutung unserm Begriffe von Enzyklopädie entspricht. Sein Inhalt ist eine allumfassende Darstellung der chinesischen Literatur von mehr als fünf- und zwanzig Jahrhunderten (1100 v. Chr. bis 1400 n. Chr.). Das Sammelwerk ist in sechs große Abteilungen (Himmelskunde, Erdkunde, Menschenleben, Naturforschung, Geistes-

wissenschaft und Staatslehre), 10000 Artikel umfassend, geteilt. An Letztern wurden nur 230 Stütze gebraucht, die von den Jesuitenmissionären in Kupfer gefertigt, direkt nach erfolgter Drucklegung des Werkes eingeschmolzen wurden. Die verbürgte Auflage waren ganze dreißig Exemplare. „So kommt es“, sagt Jbler, „daß das Werk überaus selten ist. Vor vierzig Jahren wurde in Peking ein vollständiges Exemplar im Preise von 1400 Taels gefolgt. Später gelang es dem Britischen Museum in London, eine Ausgabe für die Summe von 1500 Pfund Sterling zu erwerben. Dieses Exemplar dürfte wohl das einzige in Europa befindliche sein.“

Vereinigung von Kellamerschaftern nennt sich das neueste Vereinsgebilde modernster Entwicklung im Zusammenhang des graphischen Gewerbes mit Handel und Industrie. Diese Vereinigung wurde am 22. Oktober dieses Jahres in Berlin gegründet und soll sich über ganz Deutschland erstrecken. Nähere Angaben über spezielle Zwecke und Ziele sind uns vorläufig noch nicht bekannt.

Saubre Jungens! Wegen wiederholter Hoteldiebstähle wurde der 19-jährige Buchdrucker Kierowski aus Erfurt von der Strafkammer zu Halle a. S. zu drei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der schon mehrfach vorbestrafte Schriftsetzer Reinhold Richter in Halle a. S. wurde wegen Diebstahls zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Doppelmord an einem alten Buchdruckerhepaar wurde in der Nacht vom 1. auf den 2. November in Leipzig verübt. Der alte Kollege, namens Friedrich, war Invalide. Von dem Täter fehlt zurzeit noch jede Spur.

Körperverletzung durch die Presse nennt sich das neueste Rezept der Madame Justitia, nach welchem die siebente Grobmacht innerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzspähle auf den sogenannten Mittelteil gesetzt werden könnte. Diesem mehr als fragwürdigen Dolus eventualis liegt folgende Tatsache zugrunde. Der „Generalanzeiger“ zu Würzburg brachte zwei harmlose Artikel, die in strafrechtlich ungehöriger Form an einer wie es scheint durchaus wahren Begebenheit auf die Gefahren hinweisen, die daraus entspringen können, wenn ein Magistratsbeamter Privatgeschäfte treibt, die sich mit seiner Amtspflicht berühren. Der getroffene Beamte ärgerte sich begreiflicherweise und dieser Ärger zog ihm einen Schlagfuß zu. Das ist gewiß sehr bedauerlich, gab aber, was zum mindesten ebenso bedauerlich ist, dem Bericht Anlaß, den Redakteur wegen Körperverletzung durch die Presse zu einer Geldstrafe von 300 Mk. zu verurteilen. Das Valt nicht. Natürlich diese merkwürdige Sache durch alle Instanzen verfolgen; es hat recht, auf die ungeheuerlichen Konsequenzen dieses Urteils hinzuweisen: Hier wird ein Mann bestraft, nicht für eine objektive Schuld, sondern für den subjektiven Körper- und Nervenzustand des Klägers. Was gegen den kraftstrotzenden Bauern statthaft ist, würde also gegen Episkopiter Vergehen sein, und wer Wahrheiten nicht vertragen kann, erhalte eine Ausnahmebestellung vor dem, der Gesundheit und Selbstbeherrschung genug besitzt, auch Unangenehmes zu überwinden. Die Folgen dieser Logik sind gar nicht abzusehen. Die Wighläster würden künftig ihre besten Wize für sich behalten müssen, denn wenn sich jemand traut leicht — Körperverletzung. Doch auch der Fall ist sehr denkbar, daß sich jemand über ein Gerichtsurteil traut ärgert.

Zu zwei Monaten Gefängnis wurde der Redakteur Straub in Bamberg wegen Verleumdung eines Benefiziaten verurteilt.

Opfer der Arbeiterzersplitterung. Vom Schöffengericht in Karlsruhe wurde der Redakteur des „Volksfreund“ wegen Verleumdung des christlichen Gewerkschaftssekretärs zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Das Berliner Gewerkschaftshaus ist durch eine Notstandsstillung in den Stand gesetzt worden, in der Zeit vom 1. November d. J. bis 31. März 1909, also während einer Zeit, in der die Krise sich besonders fühlbar machen wird, die Preise für Wandermänner um 15 Pf. herabzusetzen, so daß während dieser Zeit statt 45, 55 und 65 Pf. 30, 40 und 50 Pf. zu zahlen sind. Soweit von den Gewerkschaften Schlafarten ausgegeben werden, sollen die ersparten 15 Pf. den übernachtenden in Form eines Speisebons zugute kommen.

Wenig Verständnis für einen bessern Schutz des Koalitionsrechtes zeigt auch der Magistrat von Bamberg. Ein Gesuch der bei diesem Anlasse Hand in Hand gehenden Handlungsgehilfen des Kreises Bamberg an diese Behörde, „daß bei der Vergebung der städtischen Lieferungen und Arbeiten die betreffenden Lieferanten und Unternehmer zu verpflichten seien, ihren Arbeitern und Angestellten das Koalitionsrecht zu gewähren und es ihnen in keiner Weise einzuschränken“, zeigte als der Weisheit letzter Schluss folgende — na, sagen wir mal Neutralitätsklärung: „Der Vollzug des Gesetzes zur Wahrung des Koalitionsrechtes ist keine Aufgabe der Stadtverwaltung, sondern eine solche des Staates. Ebensovienig kam eine Stadtverwaltung in den wirtschaftlichen Kampf zwischen zwei Parteien eingreifen und zugunsten einer derselben Partei nehmen. Der Magistrat beschließt deshalb, von der Aufnahme der verlangten Bestimmung in den Submissionsbedingungen abzusehen.“

Aus dunklen Tagen, dem Tummelplatz eines Dr. Zille, kommt die Kunde von vorläufigem Abschluß einer Reihe großer Meineidsprozesse, in welchen eine beträchtliche Anzahl von Vergleuten durch die Strafkammer in Saarbrücken zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt wurde. Seit April ds. Jz. dauert dieses moralische Trauerspiel

eines schleierhaften Schmiegelderkapitels; schon damals erhielt ein Bergmann 15 Monate Gefängnis. Im Juli kam die erste Fortsetzung, wobei drei Vergleute für lange Monate in Gefängnis und Zuchthaus wandern mußten; am 8. und 9. Oktober folgte die zweite Fortsetzung, wiederum drei Vergleute in Schmach und Schande stoßend, und am 12. Oktober war der letzte Termin mit folgendem Ausgang: Im ganzen wurden 38 Angeklagte freigesprochen, während 14 Angeklagte verurteilt wurden. Von den Steigern hat das Gericht den Angeklagten Riß der schweren Verletzung schuldig befunden und zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen einfacher Verletzung erhielten die Steiger Hed zwei Monate Gefängnis, Peter Kehler und Wehlemann je einen Monat Gefängnis. Frau Riß erhielt wegen Beihilfe 14 Tage Gefängnis. Acht Vergleute wurden zu je einer Woche Gefängnis verurteilt. Der frühere Bergmann, jegige Wirt Jäder, erhielt die höchste Strafe, nämlich sechs Monate Gefängnis. Was ist die Ursache dieser unheilvollen Vorgänge? Ein Bergmann hat erklärt, zwei Jahre lang an jedem Sonntage von den Leuten seiner Partie für einen Fahrsteiger Geld gesammelt zu haben. Das Geld diente zum „Schmierer“ der Beamten, damit sie den Vergleuten günstige Bedinge setzten. Später hat der Mann unter seinem Eide ausgesagt, ihm sei von Durchstreichereien nichts bekannt, während die späteren Verhandlungen dennoch die Wahrheit der ersten Aussage ergaben. So ähnlich siehts auch in den andern Fällen. Der Staatsanwalt führte aus, er könne nicht begreifen, wie eine so große Zahl von Vergleuten sich gegen den Eid vereinen könne, es müsse eine dunkle Wolke über den Höhen der Gegend gelagert haben. Der Herr Staatsanwalt hatte keine Ahnung davon, daß diese dunkle Wolke damals wie das Schwert des Damokles über den Köpfen der beflaggserten Vergleute hing in der Gemüthsheit, daß wenn sie die Wahrheit gesagt hätten, sie Schwierigkeiten im Arbeitsverhältnisse ausgelegt gewesen wären und sich selbst noch eines Vergehens hätten beichtigen müssen.

Konferenzen zur Reform der Arbeiterversicherung. Weniger ausführlich als die Behandlung der Krankentassenreform (vgl. Nr. 126 an gleicher Stelle) verließ die am 28. Oktober in Charlottenburg abgehaltene Konferenz zur Beratung über die Reform der Unfall- und Invalidenversicherung. Neben einer Reihe von Vertretern der Reichs- und Bundesregierungen waren solche der Landesversicherungsanstalten, der Berufsgenossenschaften, der Betriebs- und Ortskrankentassen anwesend, im ganzen 70 Personen. Den Vorsitz führte Staatsminister v. Bethmann-Hollweg. Den wichtigsten Verhandlungsgegenstand und auch zugleich den heißumstrittensten bildete die Frage der Rentenfestsetzungen und -entziehungen. Die Forderung eines Mitbestimmungsrechts in dieser Frage bezeichnen die Berufsgenossenschaften als eine ungerechte Annäherung der Arbeiter, dadurch wurde ihnen das Selbstverwaltungrecht genommen. Die berühmten Scharfmacher zogen auf dieser Konferenz dagegen zu Felde. Der fattian bekannte Bauart Felisch verließ sich sogar zu der Behauptung, daß ein sehr großer Teil der Versicherten bedeutend höher im Einkommen stehe als die Arbeitgeber! Freiherr v. Hünigern warnte die Regierung vor allzu großer Nachgiebigkeit gegen die Sozialdemokratie; sie, die Regierung, solle die Hand nicht dazu bieten, daß die Henne geschlachtet wird, welche die goldenen Eier legt! Diesen Tiraden gegenüber wurden die Forderungen der Versicherten von den anwesenden Arbeitervertretern sehr eingehend begründet und verteidigt. Vereinheitlichung und Verschmelzung der gesamten Arbeiterversicherung, Ausdehnung der Versicherung auf das gesamte Handwerk, Erhöhung der Versicherungsgrenze, Einsetzung von Kommissionen zur Festsetzung der Renten sowie einheitliche Überwachungs- und Rechtspflegeorgane mit dem Reichsversicherungsamt als Reversinstanz an der Spitze, unter gleichmäßiger Beteiligung und Mitwirkung der Arbeitgeber und der Versicherten waren die Forderungen der Versicherten; aber sowohl die Vertreter der Berufsvereinigungen wie auch diejenigen der Landesversicherungsanstalten wollten von einer solchen Reform der Arbeiterversicherung nichts wissen. Ein Versicherungsauftrag, welcher die Tätigkeit des Reichsversicherungsamts beschränken und die Kosten eines Rentenprozesses der verlierenden Partei aufhellen sollte, verzögerte jedoch die Verhandlungen bis abends 7 Uhr, ohne zu einem günstigeren Abschluß zu führen. Die bei dieser Konferenz anwesenden Arbeitervertreter sind über das Resultat dieser Sitzung sehr unbefriedigt, und wird es manchen harten Strauß noch auszufechten geben, ehe auch nach dieser Richtung ein Fortschritt verzeichnet werden kann.

Der Reichstag des deutschen Volkes trat am 4. November wieder zusammen und wird wohl nach einigem Gepökel über „Verantwortlichkeit“ und „Unverantwortlichkeit“ in der Außenpolitik um so energischer bemüht sein, mittels der Reichsfinanzvorlage die Steuerfrage anzuziehen, zwischenwährend soll der Weingesehwur, das Automobilhaftpflichtgesetz und die Zivilprozeßnovelle in Aussicht genommen werden. Für das arbeitende Volk ist vorläufig noch nichts definitiv vorgemerkt; z. B. die Beratungen über die neue Gewerbeordnungsnovelle liegen noch in weiter Ferne.

Große Maßrechtsdemonstrationen fanden am letzten Sonntag im ganzen Königreiche statt. Die Beteiligung war überall eine außerordentliche und wird die Teilnehmerzahl z. B. in Leipzig auf 70000, in Dresden 60000, Chemnitz 20000 geschätzt. Die Veranstaltungen unter freiem Himmel verliefen bei herrlichem Sonntagswetter ohne jede Störung. Hierzu eine Beilage.



# Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Er scheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.  
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 5. November 1908.

Anzeigen kosten: die Nonpareilzeile 25 Pf.;  
Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

Nr. 128.

## Korrespondenzen.

**H. Berlin.** (Brandenburgischer Maschinenseherverein.) In der am 1. November abgehaltenen Versammlung legte der Vorsitzende an einer ganzen Reihe von Fällen dar, wie man in Berlin stark befreit ist, an den bestehenden Maschinenseherverhältnissen zu rütteln und ersuchte die Kollegen zu festem Zusammenhalt in solchen Fällen. Mit dieser Aufforderung verband der Vorsitzende die Warnung vor übereilten Schritten, erst solle man unsere Instanzen anrufen. Betreffs der Statistik seien an dieser Stelle die Maschinenseherkollegen, die Ortsvorsitzenden und die Handsehervertrauensleute um baldige Überlegung der Fragebogen ersucht. Als Beisitzer für den Gauvorstand wurde unser Vorsitzender Braun wieder aufgestellt. Die Versammlung dankte ihm für seine außerordentlich erspriessliche Tätigkeit, die er bisher in diesem Amte entfaltet hat. Der Vorsitzende gedachte dann in anerkennenden Worten des Kollegen Mussial, der am 4. November 25 Jahre in den Reihen des Verbandes stand; er gab der Hoffnung Ausdruck, daß Kollege Mussial noch lange seine uneigennütige Tätigkeit im Dienste der Organisation entfalten möge. Dieser Wunsch wird aber bis auf weiteres leider nicht in Erfüllung gehen. Denn infolge des Prozesses des Reichstagsabgeordneten Fischer contra „Post“ hat Kollege Mussial, der dort als Zeuge erschienen war, sein Amt als Vorsitzender der Zentralkommission niedergelegt. Ohne die der Sparte gesteckte Grenze zu überschreiten, sei der Angelegenheit an dieser Stelle kurz gedacht; handelt es sich doch um einen Kollegen, dem wir die höchsten Ehrenämter übertragen haben, und der in unfairster Weise vom sozialdemokratischen Zentralorgan in aller Öffentlichkeit heruntergerissen worden ist. Und mit ihm sind die Buchdrucker und besonders die Maschinenseher beleidigt worden. Jeder, der Paul Mussial kennt, Freunde und Gegner, mußte sich sagen, daß das, was in dem Prozeßberichte des „Vorwärts“ über ihn (und auch über die beiden anderen Angehörigen unserer Organisation) verbreitet wurde, einfach unmöglich den Tatsachen entsprechen konnte. Trug schon der Prozeßbericht für jeden Denkenden der Charakter des Tendenziösen, so wurde man davon noch mehr überzeugt, als Kollege Mussial eine kurze Schilderung des Prozesses gab. Die Versammlung gab unvorhergesehen ihrer Entrüstung Ausdruck darüber, wie der „Vorwärts“ mit der von ihm sonst als heilig betrachteten Ehre eines Arbeiters spielt, eine unerhörte Kampfweise, die anständiger Menschen unwürdig ist. Das letzte Wort in dieser Sache ist noch nicht gesprochen, da jetzt die gewiesenen Instanzen reden sollen. Bis die Sache geklärt ist, enthalten wir uns jeder weiteren Äußerung, das vorstehende aber mußte gesagt werden im Interesse unserer Sparte. Es sei nur noch erwähnt, daß Kollege Mussial aus der „Vorwärts“-Druckerei plötzlich entlassen worden ist, ohne daß ihm gestattet wurde, sich zu verteidigen! — Die Geschäfte der Zentralkommission übernimmt bis auf weiteres Kollege R. Holz, Berlin N 58, Schönfließstraße 6. In ausgiebiger Weise beschäftigte sich dann die Versammlung mit dem „Technischen“. Der Vorschlag, in den „Technischen Mitteilungen“ neben den Vereinsversammlungen besondere technische Zusammenkünfte zu veranstalten, fand keine Gegenliebe; die Verhältnisse in Groß-Berlin liegen dafür nicht günstig. Die Technische Kommission brachte einen neuen Gießform-Wischer, der hinter der Form angebracht wird, zur Kenntnis nebst erläuternden Ausführungen, und machte Mitteilung von einer neuen Einzelbuchstaben- und Gießmaschine „Monograph“, die in nicht zu langer Zeit das Licht der Buchdruckerwelt erblicken soll. Ausgenommen wurden jedoch Kollegen und nach Bekanntgabe von neun Aufnahmegerüchen wurde die von etwa 250 Kollegen, das sind 85 Proz. der in Berlin domicilierenden Mitglieder, besuchte Versammlung geschlossen. Nächste Versammlung des Gauverbandes findet am 13. Dezember.

**-y- Donauwörth.** Das schon lange in unserer Mitgliedschaft gehagte Bestreben, die Kollegen der umliegenden Druckorte zu einem kollegialen Beisammensein zu vereinigen, gab die Veranlassung zu einer auf den 25. Oktober anberaumten Bezirksversammlung. 38 Kollegen hatten der Einladung Folge geleistet, und zwar: aus Donauwörth 30, Lauingen 3 und Gundelfingen 1; des weitern waren noch 12 Durchreisende erschienen. Gauvorsteher Seig, vom Vertrauensmann Reindl auf das herzlichste begrüßt, hatte das Referat zum Hauptpunkte der Tagesordnung übernommen: „Der Verband und seine Einrichtungen“. Bei der Gründung des Verbandes beginnend, führte Redner ein übersichtliches Bild vor Augen über die Entwicklungsgeschichte unferes Verbandes und verweilte des längern bei den Unterfützungsbestrebungen und deren segensreichem Wirken. Reichlicher Beifall wurde dem Referenten am Schlusse seines einstündigen

Vortrags zuteil. Bei der folgenden Diskussion gingen mehrere Redner auf die Ausführungen des Referenten ein, aufzufindenden Sinne ein und gaben auch einige persönliche Erfahrungen aus dem Verbands- und gewerkschaftlichen Leben zum Besten. In seinem Schlussworte behandelte Referent noch die gegenwärtigen Ereignisse auf gewerkschaftlichem Gebiete. Nachdem eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Referenten zur Verlesung gekommen, sprach der Vertrauensmann Reindl dem Kollegen Seig den Dank der Versammlung aus für seinen begiegenen und allgemein verständlichen Vortrag. Unter „Verschiedenes“ gaben einige auswärtige Kollegen die Anregung, ob nicht zwecks bessern Zusammenhanges der in kleineren Orten konditionierenden Kollegen an die Gründung eines Bezirksvereins gedacht werden könne. Kollege Seig machte auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die mit einer solchen Neugründung verbunden wären; so müßten u. a. eine Reihe neuer Instanzen geschaffen werden und auch der Geschäftsgang würde erschwert. Um die auswärtigen Kollegen hier und da zu ver sammeln, sei kein Bezirksverein notwendig, es könne auch in Zukunft so gemacht werden wie heute. Angesichts dieser Tatsachen wurde von weiteren Schritten in dieser Frage Abstand genommen und schlug Kollege Reindl vor, zu gegebener Zeit an einem näher zu bestimmenden Orte wieder einmal eine solche Bezirksversammlung abzuhalten, vorausgesetzt, daß vom Gauvorstand ein Referent beschaft werde. Nachdem noch eine kurze Debatte über die Frage des Gauverbandes ihre Erledigung gefunden, schloß der Vertrauensmann mit einem Hoch auf den Verband diese zu allgemeiner Zufriedenheit verlaufene Bezirksversammlung.

**Wresfeld.** Im hiesigen Ortsvereine wurde am 12. Oktober ein Typographischer Zirkel gegründet. Diese Vereinigung (Seher und Drucker) stellt sich die Aufgabe, sachtechnisches Wissen unter den Mitgliedern zu verbreiten. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Heinrich Müller gewählt. Am 24. Oktober fand die erste Sitzung statt, für welche Kollege Ragier (Düren) als Referent gewonnen war. Als Thema hatte dieser gewählt: „Streitfrage durch die tägliche Praxis“. Die Mitglieder (etwa 30) folgten mit Aufmerksamkeit den Kardurchsachten Ausführungen. Daran schloß sich eine lebhafte Diskussion an, sowie eine Aufstellung von Druckfragen aus der Praxis des Referenten. Die junge Vereinigung geht nach dieser anregenden ersten Sitzung eifrig an die Arbeit. Sie bittet die anderen graphischen Vereinigungen um Überlassung von Statuten, Druckduplicaten usw. Solche wolle man an den Vorsitzenden Heinrich Müller, Wiedenhofstraße 46, senden.

## Berichtigung.

Wie wir schon im Schlussworte des Artikels „Die Jahresberichte der Gaue, Bezirke und Orte im Jahre 1907“ in Nr. 126 andeuteten, kann die dazu aufgestellte tabellarische Übersicht über die Kasseneinbarung keinen Anspruch auf vollständige Richtigkeit erheben, aus dem schon an erwähnter Stelle angegebenen Gründen. Dieserhalb möchten wir auch den Wunsch zum Ausdruck bringen, nicht mit einem zu strengen Maßstabe der Kritik diese Arbeit beurteilen zu wollen, sondern an den maßgebenden Stellen den Vorlag zu fassen, uns für die Zukunft besseres und einwandfreies Material auch in dieser Sache zur Verfügung stellen zu wollen, wozu die von uns schon seit Jahren als zweckdienlich erkannte Tabelle als einheitliche Richtschnur dienen könnte. Nach diesen mehr allgemeinen Bemerkungen, wollen wir jedoch gern an dieser Stelle eine Berichtigung aufnehmen, weil wir anerkennen, daß die in erwähnter Tabelle hier in Betracht kommenden Ziffern den tatsächlichen Verhältnissen etwas zu diametral gegenüberstehen. Es betrifft die Aufzeichnungen für den Gau Bayern. Nach der uns zugegangenen Berichtigung sind unter der Rubrik „Arbeitslofenunterstützung“ 4286 Mk. einzufüllen, als Ausgabe-posten für den seit Oktober 1907 eingeführten Gauzusatz, ferner 11294 Mk. als Arbeitslofenunterstützung der Orte. Die Ausgaben für Reiseunterstützung seitens der Orte sind in 984 Mk. umzuändern. Für Gautage, Agitation, Vorträge usw. wurden von der Kaufasse nicht 5810 Mk., sondern 3297 Mk. verausgabt, ferner betragen die sächlichen Verwaltungskosten nur 3480 Mk. und nicht wie in unserer Tabelle angegeben 6809 Mk.; letzterer Betrag soll die Gesamtsumme der sächlichen und persönlichen Verwaltungskosten darstellen. Die Redaktion.

## Briefkasten.

**A. S., Erlangen:** Wegen Einfindung von 60 Pf. können Sie das Gewünschte von uns beziehen. — **G. J. in Frankfurt:** 9,55 Mk. — **G. J. in Straubing:** 3,05 Mk. — **P. W.: 2,30 Mk.** — **H. W. in Berlin:** 3,55 Mk. — **D. R., Gagenau:** Wegen der Protokolle müssen Sie sich an Ihren Gauvorstand wenden. — **F. B., Würzburg:** Brief erhalten, kostete jedoch 20 Pf. Strafporto; schade um das schöne Geld. Gruß! S.

## Verbandsnachrichten.

**Verbandsbureau:** Berlin SW 28, Mariendorfer Straße 13, I.  
Fernsprechtamt VI, 11.191.

**Bezirk Ostfriesland.** Infolge Erkrankung des Kassierers sind bis auf weiteres sämtliche diesbezügliche Zuschriften an die Adresse des Vorsitzenden, Kollegen Ludw. Kromminga in Leer (Ostfriesland), Königsstr. 38, zu richten.

**Bezirk Weser-Eibe.** Der Seher Karl Dietrich, zuletzt eine Woche in Otterndorf (Unterelbe) in Pension, wird ersucht, sich sofort beim Kassierer Gogel, Westermünde, Mittelstraße 19, zu melden. Die Verbandsfunktionäre werden gebeten, den genannten Kollegen eventuell darauf hinzuweisen.

**Görlitz.** Der Seher Heinrich Eikemann-Reusch aus Warburg wird ersucht, sich mit dem Bezirkskassierer Binder sofort in Verbindung zu setzen, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird.

**Pattowik (Oberhsl.).** Der Seher Artur Scheffler wird ersucht, die sechs Bücher, welche er der Bibliothek der Graphischen Vereinigung entliehen hat, sofort an den Bibliothekar Friedrich Kutscher, Flurstraße 3, 1, abzuliefern.

## Adressenveränderungen.

**Mühlheim (Nhrz.).** Vorsitzender: Rudolf Nigge-meier, Heißenerstraße 115, I.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Jmmenstädt 1898, ausgel. in Kalau 1908; war noch nicht Mitglied. — In Lage 1. der Schweizerbegegn. Andr. Pinnemann, geb. in Essen 1880, ausgel. in Würen 1904; 2. der Drucker Artur Schromang, geb. in Witten 1884, ausgel. das. 1902; waren schon Mitglieder. — Otto Witow in Wiefefeld, Johannisstraße 2, ff.

In Dresden die Seher 1. Paul Leitert, geb. in Dresden 1889, ausgel. das. 1906; 2. Kurt Engelmann, geb. in Dresden 1889, ausgel. das. 1908; waren noch nicht Mitglieder. — In Pittau die Seher 1. Jul. Kraufe, geb. in Schwedt a. O. 1879, ausgel. in Oberberg in der Mark 1897; war noch nicht Mitglied; 2. Simon Fleischmann, geb. in Komarn (Ungarn) 1879, ausgel. in Waizen (Ungarn) 1896; war schon Mitglied. — Herm. Steinbrück in Dresden, Mathildenstraße 7, I.

In Duisburg die Seher 1. Josef Jakubowski, geb. in Duisburg 1890, ausgel. das. 1908; 2. Walter Beau, geb. in Halle (Saale) 1887, ausgel. das. 1905; 3. Heinr. Schulte, geb. in Duisburg 1890, ausgel. das. 1908; 4. Herm. Wischer, geb. in Duisburg 1889, ausgel. das. 1908; 5. der Drucker Hermann Trilling, geb. in Bingen 1890, ausgel. in Oberhausen 1908; waren noch nicht Mitglieder. — H. H. Brindt, Friedrich-Wilhelm-Straße 76.

In Erfurt der Drucker Otto Ehrhardt, geb. in Sondershausen 1886, ausgel. das. 1904; war schon Mitglied. — L. Stange, Grünstraße 15a.

In Essen die Seher 1. Adolf Johanning, geb. in Ronsdorf 1879, ausgel. das. 1897; war schon Mitglied; 2. der Seher Jakob Krämer, geb. in Essen 1874, ausgel. das. 1908; war noch nicht Mitglied. — Otto Kraus in Essen-Mittelscheid, Alfreustraße 1, I.

In Grünberg i. Schl. der Seher Jos. Koficki, geb. in Posen 1890, ausgel. in Büllschau 1908; war noch nicht Mitglied. — Oskar Dieß in Glogau, Kleine Oberstraße 15, III.

In Kirchheimbolanden die Drucker 1. Karl Gabbinger, geb. in Mannheim 1889, ausgel. in Speier 1907; war noch nicht Mitglied; 2. Karl Seel, geb. in Voland 1887, ausgel. in Kaiserslautern 1904; war schon Mitglied. — In Kusel die Seher 1. Karl Albrecht, geb. in Kusel 1883, ausgel. das. 1901; war noch nicht Mitglied; 2. Alois Ringelgen, geb. in Kusel 1885, ausgel. das.; war schon Mitglied. — Rud. May in Kaiserslautern, Weichstraße 73.

In Königsberg i. Pr. der Drucker Joh. Stäbter, geb. in Dresden 1862, ausgel. das. 1881; war schon Mitglied. — O. Osterode in Königsberg i. Pr.-Sachheim, Rechte Straße 121, III.

In Luedenwalde der Schweizerbegegn. Herm. Frisch, geb. in Neudamm (Neumark) 1888, ausgel. in Soldin (Pom.) 1907; war noch nicht Mitglied. — Paul Krüger in Vornstede bei Potsdam, Friedrich-Wilhelm-Straße 32.

In Remmungen der Schweizerbegegn. Frig Hofmann, geb. in Wasing 1890, ausgel. das. 1908; war noch nicht Mitglied. — In Mindelheim der Seher Adam Flechtner, geb. in Unterweissenbach 1891, ausgel. in Helmbröck 1908; war noch nicht Mitglied.

In Roth der Schmeizerbegegnung Konrad Schulz, geb. in Roth 1889, ausgl. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — Josef Seig in München, Holzstraße 24, I. In Neufettin die Seher I. Fritz Thiele, geb. in Neufettin 1887, ausgl. das. 1905; 2. Friedr. Klafunde, geb. in Schützenhof b. Neufettin 1890, ausgl. in Neufettin 1908; waren noch nicht Mitglieder. — In Treptow a. N. der Seher Franz Plac, geb. in Greifenberg (Pomm.) 1888, ausgl. das. 1906; war noch nicht Mitglied. — Karl Loboldt in Köslin, Wilhelmstr. 28.

### Arbeitslosenunterstützung.

**Hauptverwaltung.** Wir ersuchen die Herren Verwalter, den Seher Emil Niegel (Hauptbuchnummer 40277) und Artur Spanier (Hauptbuchnummer 7015) gemäß § 11 Absatz 1b die Reiselegitimation abzunehmen und einen entsprechenden Vermerk in die Quittungsbücher der genannten Kollegen zu machen.

**Müthausen i. E.** Als Reiseleiterverwaltung wurde Kollege G. Meyer, Wienstraße 27, II, gewählt. Die Auszahlung der Reiseunterstützung erfolgt von 6—7 Uhr abends.

### Veranstaltungskalender.

- Achereleben.** Versammlung Sonnabend, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.
- Garmen.** Bezirksversammlung am 22. November, nachmittags 3 Uhr, in Renscheid, Koenigsallee „Germania“ (Bismarckplatz), Brüderstraße. Anträge sind bis zum 10. d. M. einzureichen.
- Blankenburg (Harz).** Versammlung Sonnabend, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Blauenburger Hof“ (Otto Heim).
- Sodum.** Versammlung Samstag, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.
- Grieg.** Versammlung Sonnabend, den 7. November, abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Bürgerheim“, Oppener Straße.
- Müßelberg.** Maschinenseherversammlung Sonntag, den 8. November, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Schumacher, Zimmermannstraße.
- Duisburg.** Bezirksversammlung Sonntag, den 23. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Duisburg im Gewerkschaftshaus „Wandhaus“. Anträge sind bis zum 16. November an den Bezirksvorsitzenden B. Wghbrndt in Duisburg, Friedrich-Wilhelm-Straße 76, zu senden.
- Ebersbach u. Umg.** Bezirksgeneralversammlung in Ebersbach Sonntag, den 8. November, nachmittags 2 Uhr, im Gasthause „Zur böhmischen Nordbahn“ in Wiesental, Georgswalde.
- Flörsburg.** Vorstandssitzung Freitag, den 6. November, abends 9 Uhr, im „Gasthaus zur Rastanie“, Rielensg. 2.

- Östlich.** Maschinenmeistersversammlung Sonnabend, den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Gründers Restaurant, Reichstraße.
- Greit.** Versammlung Montag, den 9. November, abends 7 Uhr, im Vereinslokal „Zunne“.
- Grünberg (Schl.).** Versammlung Sonnabend, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Stinnes Kautzerei“.
- Kiel.** Maschinenseherversammlung Sonntag, den 8. November, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Fährstraße.
- Maschinenmeistersversammlung Montag, den 9. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Fährstraße.**
- Leipzig.** Maschinenseherversammlung Sonntag, den 8. November, vormittags 10 Uhr, im „Wolfsbau“, Zeiger Straße.
- Magdeburg.** Maschinenmeistersversammlung Sonnabend, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr, in der „Reichshalle“, Kaiserstraße.
- Mühlheim (Mühe).** Versammlung Samstag, den 7. November, abends 9 Uhr.
- Offenberg.** Versammlung Samstag, den 7. November, abends 8 Uhr, in der „Faubörstie“ (Saal).
- Rirderf.** Versammlung Sonnabend, den 7. November, abends 9 Uhr, bei Hoppe, Hornamstraße 49.
- Satzungen Stadtlingsfeld-Pacha.** Versammlung Sonntag, den 8. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Pacha („Erholung“).
- Striegau.** Versammlung Sonnabend, den 7. November, in „Stadt Hamburg“.

### Bezirksbeamter gesucht!

Der **Bezirk Frankfurt a. M.** des Verbandes der Deutschen Buchdrucker stellt mit dem 1. Januar 1909 einen besoldeten Bezirksvorsteher an. Derselbe muß mit den Organisationsverhältnissen unseres Verbandes vertraut sein sowie Kenntnisse der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung besitzen. Selbständigkeit im schriftlichen wie persönlichen Verkehr und rechnerische Begabung sind unbedingt notwendig. Das Anfangsgehalt beträgt 2000 Mk. mit einjähriger Steigerung von 100 Mk. bis zum Höchstbetrage von 3000 Mk. in 15 Dienstjahren. Die Anstellung erfolgt vorläufig auf ein Jahr (Probejahr). Schriftliche Offerten, nur von Verbandsmitgliedern, unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes, besonders über die gewerkschaftliche Betätigung, sind unter „Besoldeter Beamter“ an den Kollegen G. Neus, Frankfurt a. M., Allerheiligenstraße 51, III, bis einschl. 17. November einzuwenden.

Der Bezirksvorstand. [51]

### Gau Bayern. \* Mitgliedschaft Eichstätt.

Sonntag, den 8. November, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Gasthaus „Zum Bahnhof“ (Joseph Viebel):

### Bezirksversammlung

in welcher Gauvorstand J. Seig referiert über: „Der Verband der Deutschen Buchdrucker und seine Einrichtungen“. Die Kollegen der umliegenden Druckorte werden hierzu höflich eingeladen.

Der Vorstand: Hugo Seebach. [54]

**Graphische Vereinigung, Dresden.**  
Freitag, den 6. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Adams, Kaulbachstraße: [68]  
**SITZUNG.** Drei Ausstellungen mit Referaten: 1. Dresdner Drucksachen; 2. Dresdner Zeitungen und Zeitschriften; 3. Raritäten. Gäste willkommen! D. V.

**Maschinenmeister**  
welcher im **Illustrations- und Dreifarbendrucke** Nüchtes leistet, zum baldigen Eintritt gesucht. Werte Offerten mit Zeugnisabschriften sowie Angabe der Gehaltsansprüche erbeten an **Weisenbach Riffarth & Co., München.** [52]

### Konkurrenzlose Druckerei

in K. wohlh. Stadt Thür., Jtg., Ladengesch., gut ventiler, ist mit od. ohne Grundst. sol. verkäuflich. Zur Übernahme sind 7—8000 Mk. ev. Werte Off. erb. u. K. G. 16 postl. Köthen i. B.

### Nüchtiger Maschinenmeister

wird für dauernde Stellung gesucht. Werte Offerten mit Zeugnisabschriften, Mustern und Lohnansprüchen erbeten an **A. Pittmann, Bromberg.** [45]

### Nüchtiger Illustrations- und Farbendrucker

mit Chromotypismaschine vertraut, zu baldigen Eintritt gesucht. Werte Angebote mit Referenzen und Gehaltsansprüchen unter Nr. 35 an die Geschäftsstelle d. B. erbeten.

### Nüchtiger Maschinenmeister

für Schnell- und Tagelapresse wird zum 23. November für dauernd gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften u. Lohnansprüchen an **A. Pittmann, Bromberg.** [74]

### Komplettgießer

für Rüstermannliche Maschine gesucht. Dauernde Stellung. **P. Johnöhne, Sandburg.** [69]

### Nüchtige Galvanoplastiker

per sofort gesucht. **Karl Kind jr., Bielefeld.** [69]

### Zuverlässiger Fachmann

welcher im Messingstichschloßbau vollkommenem ist, sucht, gestützt auf erstklassige Zeugnisse und Referenzen, anderweitig dauernde Konzeption in leitender Stellung. Werte Offerten unter Nr. 18 an die Geschäftsstelle d. B. erbeten.

### Nücht. Matrizenbohrer

an selbständiges, erastes Arbeiten gewöhnt, in dauernder Konzeption bei hohem Gehalt gesucht. Ausführliche Offerten erbeten an die **Gauersche Gießerei, Frankfurt a. M.** [63]

### Tempelschneider

jüngere Kraft, an selbständiges Arbeiten in Stahl gewöhnt, sofort in dauernde Stellung gesucht. Werte Offerten mit Angabe des Alters sowie der bisherigen Tätigkeit erbeten an **G. Folgot et fils, 14, rue Cabanis, Paris.**

### Korrektor

stark und gewissenhaft, mit guter Allgemeinbildung u. prima Kenntn. i. St. in Letztg. Wert od. Hgd. event. als Seher in Jtg. Sich. vork. nur auf dauernde Stellung. Werte Off. unter Nr. 67 an die Geschäftsstelle d. B. erbeten.

### Monotypgießer

gelernter Schriftgießer, selbst Arbeiter, verhörsucht sich in dauernde Stellung zu verändern. Eintritt 1. Tage nach Engagement. Werte Offerten unter Nr. 42 an die Geschäftsstelle d. B. erbeten.

### Typographseker

sucht sich baldigst in angenehme Stellung zu verändern. Werte Offerten erbeten an **W. Fleckhart, Augsburg, D. 129, III.**

### Arbeitsuchende

suchen a. ihrem eignen Interesse sofort beim nächsten Postamt auf den

### Graphischen Arbeitsmarkt

der „Buchdrucker-Woche“, Berlin SW 68, abonnieren. Derselbe erscheint Montags und Donnerstags nachmittags 3 Uhr und bringt alle bis 10 Uhr am selben Tag eingelaufenen offenen Stellen in der Druckindustrie. Bezugspreis 9 Pf. pro Monyr. [1]

### Vorteilhaftester Bezug für Wiederverkäufer!

**Cigarren**

### Billigste Engrospreise!

Kl. Mexiko . . . . .	100 St.	2,85 Mk.
St. Felix Brasil . . . . .	„	3,50 „
Cabinet . . . . .	„	3,60 „
St. Andre Mexiko, vors. . . . .	„	4,35 „
La Suprema . . . . .	„	4,50 „
Exzellenz Kraetke II . . . . .	„	5,00 „
Altoza . . . . .	„	5,50 „
Perla de Cuba . . . . .	„	6,00 „

400 Stück franko Nachnahme.

### Czollek & Gebale

Zigarren-Engros, Berlin O. [64]  
Neue Promenade 7, I. Etage.  
**Preisliste franko! (Kein Laden.)**  
In allen Preislisten bei **Summagermeister, Berlin, Dresdenerstr. 100.** Verbandsmitglieder erhalten 6 Prozent Rabatt.

### Hüte

in allen Preislisten bei **Summagermeister, Berlin, Dresdenerstr. 100.** Verbandsmitglieder erhalten 6 Prozent Rabatt.

### Buchdrucker-Stenographenverein Gabelsberger, Berlin.

Donnerstag, den 5. November, im **Wulfsch** an die Abungen: **Bersammlung.** [60]

### Typograph. Klub, Erfurt.

Sonnabend, den 7. November, abends 8 Uhr: **Feler des 4. Stiftungsfestes** im „Prinz Karl“, Talstraße. Freunde und Gönner sind hierdurch ergebenst eingeladen. [71] Der Vorstand.

### Ortsverein Gutenberg, Halle.

Sonnabend, 7. November, abends 8 1/2 Uhr, im **Pottschens Saal, Surlburg: Feler des zehnjährigen Bestehens.** Die Kollegen der umliegenden Druckorte sowie alle ehemaligen Welterner sind eingeladen. [73]

### Ortsverein Bötlingen-Saar.

Sonntag, den 8. November, abends 6 Uhr: **Fünftes Stiftungsfest** im **Gasthaus Konrad Forster.** Die werthen Kollegen der Umgegend werden freundlichst eingeladen. **Der Vorstand.** [55]

### Pfefferberger.

Sonntag, 8. Novbr., vorm. 10 Uhr: **Feler des 80. Geburtstags** unsers „Eden Don“ **Albert Gering.** Gäste willkommen. [58]

### Thyren Kollegen

gratulieren herzlich zu seinem **25jährigen Verbandsjubiläum** Berlin, 3. November 1908. **Die Maschinenseker im „Vorwärts“.** [69]

### Honi Feist wird um Angabe seiner Adresse gebeten.

**W. H. Brand, Bielefeld.** [65]

Am 22. Oktober verstarb unerwartet unser Mitglied, der Setzer

**Konrad Haber.**  
Sein Andenken wird in Ehren halten  
Der Bezirksverein Darmstadt. [56]

Am 28. Oktober verstarb unser wertes Mitglied, der Setzerinvalid

**A. Rickmers**  
aus Altona im 71. Lebensjahre. [70]  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am 28. Oktober verschied nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Setzer

**Karl Listl**  
im Alter von 22 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren  
Der Ortsverein Typographia Straubing. [57]

### Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaberin: Klara verw. Härtel)  
**Kohlgartenstrasse 11**  
Lieferer frants

Werke und Musikalien aller Art zu **Ladenpreisen.** Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. „Gefühme“, ein zu jeder Verbandsveranstaltung geeigneter wirkungsvoller Männerchor von **Hr. Schmiedert** und **H. Krahl** (A capella, mit Pianofortebegleitung oder feinem Musikorchester.) Partitur 2 Mk. Stimme 20 Pf. Dreizehnhundert zusammen 3 Mk. **Buchdruckermeister und Bindner.** Mit zahlreichen Abbildungen, Formularmuster des jetzt gültigen Buchdruckerlehrentums. Von **Friedr. Streiber.** Geb. 3 Mk.

### Adressen für Zusendungen

an den **Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer:**  
für Mittel u. Korrespondenzen: **Zudwig Mezhäuser,** „Rindshaus“ und **Gewerkschaftliches Willk. Kraft,** **Breslauerstr. 10, Zentrale, Offerten, Postanweisungen usw.: Georg Döblich,** sämtlich in Leipzig, **Satanowstraße 8.**